Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **4 (1975)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

A.Z. 8001 Zürich Rämistr. 66

4. Jahrgang Nr. 3
25. März 1975
Erscheint monatlich

das konzept

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber

Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 75 30

Abonnemente: pro Jahr Fr. 15.– (Ausland Fr. 18.–)

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, 8023 Zürich, Tel. ☏ (01) 47 34 00

Auflage dieser Nummer 25 500 Preis Fr. 1.50

Betrifft: Schwangerschaftsabbruch
Weitere Berichte dokumentieren die Ohnmacht der Frauen in einem Wald von Paragraphen, die die Männer aufgestellt haben *Seite 3*

Die Reichen müssen noch reicher werden!
Für Klaus Staeck, den deutschen Polit-Plakat-Macher, verbinden sich künstlerisches Engagement und politische Aussage *Seite 5*

Wie einer zum Verbrecher wird . . .
Im neuen Schweizer Film «Fluchtgefahr» wird die Realität des Strafvollzugs schonungslos aufgedeckt *Seite 7*

Lebende Leichname
Nach dem Tode weiterleben? Für Fr. 350.– sind sie dabei! *Seite 7*

Die Macht des Dorfbonzen
Sind die Kulaken der Dritten Welt zukünftige Bündnispartner der reichen Industrieländer? *Seite 9*

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Prospekt des Deutschen Taschenbuch-Verlages bei.

Sind Bundesräte Papiertiger?

«Wenn ein solches Interview zu Ihrem Seelenheil beiträgt, so möchte ich Ihnen nicht davor stehen!» schrieb uns Bundesrat Ritschard, als wir ihn um ein Gespräch baten. Die Tür stand offen, wir haben sie eingerannt.

*

Denn: Bundesräte soll man ja als Personen nicht überschätzen, sie sind ja nur die Spitze des Eisbergs einer ganzen Institution, gewissermassen Galionsfiguren eines Systems, das bürgerlicher Staat heisst.

*

Bundesrat Ritschard scheint sich dessen einigermassen bewusst zu sein: «Wir haben eben einen bürgerlichen Staat, mit dem Willen des Volkes haben wir einen bürgerlichen Staat», sagte er uns privat. Dieser Satz erscheint nun allerdings nicht mehr im Text des Gesprächs.

*

Gerade in der Verkehrs- und Energiepolitik stellen sich heute eine ganze Reihe langfristiger und grundsätzlicher Probleme: Der Energiekonsum droht ins Unendliche zu steigen, schwerwiegende Engpässe sind bereits abzusehen. Unsere Umwelt ist von den Folgen dieses Energieüberkonsums bedroht: Kernkraftwerke bringen Atommüll, erhitzen die Flüsse und die Atmosphäre. Unsere Städte und Landschaften gehen an einer verkehrten Verkehrsplanung langsam aber sicher zugrunde. Bundesrat Ritschard hat Verständnis für diese Probleme. Dafür muss man ihm Anerkennung zollen.

*

Anderseits fällt einem jedoch auf, dass es an Vorstellungen, wie man es auf diesem Gebiet g r u n d s ä t z l i c h anders machen könnte, beim Bundesrat weitgehend zu fehlen scheint. Im Bundeshaus scheint man die Gegenwart ernster zu nehmen als die Zukunft.

*

Um diese Gegenwart zu bewältigen, vertraut man bewährten Gremien – mehr oder weniger sachkundig und mehr oder weniger schwerfällig –, die dann schon eine Lösung herausfinden werden. Das Laufgitter ist schwierig zu verlassen, wenn man in ihm gross geworden ist.

*

Konzeptionen, und zwar grundsätzliche, wären dringend vonnöten. Man sollte – in der Regierung, im Volk – mindestens wissen w a s man tut, auch wenn man das Falsche tut. Damit man nicht noch einmal ein Nationalstrassennetz plant ohne sich über die Folgen Rechenschaft abzulegen. Bundesrat Ritschard ist da etwas resignierter: «Immer dann, wenn man vor Einzelproblemen erschrickt, dann wird in der Schweiz nach Konzeptionen gerufen. (...) Bevor das Wissenschafter möglichst kompliziert aufgeschrieben haben und bevor es in Schweinsleder gebunden ist, wird das in diesem Lande nicht geglaubt», sagte er uns in einem Teil des Gesprächs, der hier nicht wiedergegeben wurde. Und: «Vielleicht bin ich zu stark Pragmatiker oder zu sehr Praktiker.»

*

Doch nicht nur Konzeptionen brauchen wir, wir brauchen auch Demokratie. Das Volk fühlt sich von der Verkehrs- und Energiepolitik betroffen – die zahlreichen Initiativen, Petitionen und Protestkundgebungen zu Strassen- oder Atomkraftwerkbauten z. B. zeigen das deutlich. Doch mitreden kann es nur sehr beschränkt: «Sie können doch eine Initiative lancieren», ist hier eine ausweichende Antwort, wenn dieses Mittel offensichtlich dem Problem nicht mehr gewachsen ist. Oder wird etwa das Kernkraftwerk Kaiseraugst nicht gebaut, weil die Bevölkerung dagegen ist, wird in Bern oder in Zürich auf die Stadtautobahnen verzichtet, weil die Stadtbevölkerung ihrer Missbilligung Ausdruck gegeben hat? Alternativen sind hier nicht einfach aus dem Ärmel zu schütteln, aber vielleicht könnten auch diejenigen, die von unserer «Demokratie» in hohe Ämter befördert wurden, sich einmal mit dem Ausbau (oder der Verwirklichung!) der Demokratie auseinandersetzen. Vorrangig. Immerhin meinte sogar Willy Brandt: «Wir wollen mehr Demokratie wagen.»

*

«In diesem Land ist nicht der Bundesrat die Regierung! Die entscheidenden Weichen, die stellt das Volk.» Soweit Willi Ritschard. Andererseits bestätigt derselbe Willi Ritschard, dass Abstimmungen am besten gewinnen kann, wer am meisten Geld hat. Wer regiert denn wirklich in diesem Land, Herr Bundesrat?

*

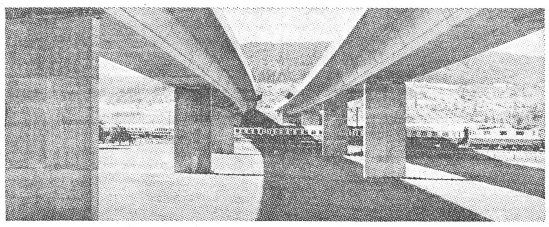
Noch einmal Willy Brandt: «Politik, das ist der Spielraum, den die Wirtschaft ihr lässt.» Zufall, dass beide Willi heissen?

Pierre Freimüller

«das konzept» sprach mit Bundesrat Ritschard über Verkehrs- und Energiepolitik

Man müsste ab und zu mal die Regierung zum Teufel jagen können

Volksnah, dynamisch, bekannt für seine würzigen Aussprüche, Gewerkschafterlaufbahn, Regierungsrat, später von der bürgerlichen Mehrheit der Bundesversammlung als SP-Bundesrat gewählt, das ist in Stichworten das Image von Willi Ritschard, Vorsteher des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements. «das konzept» wollte dem Enfant terrible im Bundesrat auf den Zahn fühlen. Beat Schweingruber und Pierre Freimüller unterhielten sich mit ihm über einige aktuelle Probleme der Verkehrs- und Energiepolitik. Besonders interessierte sie, wie der «ungewöhnliche Bundesrat» sich zum wachsenden Interesse und gleichfalls wachsenden Unbehagen der Bevölkerung zu diesen Fragen stellt, wieweit er hier die Demokratie schweizerischer Prägung noch als hinreichend betrachtet und ob «Demokratisierung» für einen, den die altbewährten Strukturen zum Erfolg gebracht haben, noch etwas bedeutet.



Der Kluge fährt im Zuge . . . und investiert in die Strasse!

«das konzept»: Einer von uns beiden ist heute mit dem Auto, der andere mit dem Zug nach Bern gereist. Der Kluge, der im Zug gekommen ist, hat sich während der Reise ausrechnen können, dass er, über den Daumen gepeilt, 30 bis 40mal weniger Energie verbraucht hat als der Autofahrer. Sind Sie der Auffassung, dass angesichts dieser Tatsache die freie Wahl des Verkehrsmittels heute noch uneingeschränkt gelten kann, oder wären da nicht vielmehr gewisse Lenkungsmassnahmen am Platz?

Das Auto soll seine Kosten zahlen

Ritschard: Das Schweizer Volk hat schon dreimal «Verkehrsteilungen» verworfen, und ich fürchte sehr, dass es ausserordentlich schwerhalten würde, im Personenverkehr die Menschen zu zwingen, ein bestimmtes Transportmittel zu benützen. Ich glaube, dass es ein Stück Freiheit ist, zu wählen, ob man das Auto oder das öffentliche Verkehrsmittel benützt. Hingegen glaube ich, dass eine gewisse Lenkung vor allem dadurch erfolgen muss, dass man dem Auto *die vollen Kosten aufbürdet, die es verursacht,* und zwar nicht nur für den Bau der Strassen. Wenn das Auto die vollen Kosten bezahlen muss, dann wird der öffentliche Verkehr auch billiger und konkurrenzfähiger als heute.

Es gibt ja eine *Studie Wittmann,* die zwar zum Teil angefochten wird und privater Natur ist, die aber zum Schluss kommt, dass das Auto *ungefähr eine Milliarde Franken Kosten, die es verursacht, nicht bezahlen muss.* Dabei sind die Folgen der Verkehrsunfälle berücksichtigt. Diese Studie wird gegenwärtig in meinem Auftrag bearbeitet. Das Eidgenössische Statistische Amt arbeitet an den Grundlagen zur Ermittlung dessen, was an der Studie Wittmann quantifizierbar ist.

Gehören dazu auch die Kosten, die etwa auf der Seite der Umwelt oder der Lebensqualität erwachsen? In der Wittmann-Studie wurden ja nur diejenigen Kosten miteingerechnet, die mit traditionellen volkswirtschaftlichen Mitteln mehr oder weniger erfassbar sind.

Das wird nicht der Fall sein. Wir berücksichtigen nur die in der Wittmann-Studie enthaltenen Elemente.

Die Umweltbelastung – der Lärm, unter dem Tausende zu leiden haben, die Abgase und das alles – ist sicher schwierig quantifizierbar. Aber es wäre zum Beispiel denkbar, dafür in Form einer Umweltbelastungssteuer, die man auf dem Benzin erheben könnte, dem öffentlichen Verkehr wieder etwas zukommen zu lassen. Denken Sie an so etwas?

Die Umweltbelastung kann man ja nicht erkaufen. Man muss Autos produzieren, die eben die Umwelt nicht mit Lärm und Abgasen belasten. Das wird sich schliesslich im Preis des Autos niederschlagen. Uns nützt das nämlich nichts, wenn wir viel Geld haben, aber keine Luft mehr, die wir atmen können.

Die sozialen Lasten des Autos nach der Wittmann-Studie
(in Mio. Fr. für 1970)

Strassenbau	**1544,1**
Unfallkosten*	**1314,2**
Unfallverhütung	**6,0**
Verkehrsüberwachung	**140,0**
Total	**3004,3**

Diesen Kosten stehen Einnahmen der öffentlichen Hand aus dem Autoverkehr von rund 2 Milliarden Franken gegenüber. Zur Deckung der restlichen Milliarde müsste zum Beispiel der Benzinpreis um 31 Rp. erhöht werden.

* Bestehend aus Sachschäden, Heilungs- und Invaliditätskosten, Spitalkosten und «Kostenwert» der Toten, Hinterlassenenrenten, Produktionsausfällen, Zeitverlusten, Unfallrettungswesen und Unfallfolgekosten.

Öffentlichen Verkehr attraktiver machen

Da kommen wir wieder auf die freie Wahl des Verkehrsmittels zurück. Wir meinen damit auch nicht ein *Verbot* des Autofahrens, sondern eine erhebliche *Verschiebung des Attraktivitätsgefälles.* Es ist ja für die meisten Leute wesentlich attraktiver, Auto zu fahren, es ist zum Teil billiger, man hat die besseren Verbindungen, man hat mehr Möglichkeiten. Wir meinen, dass man durch eine aktive Verkehrspolitik ganz gezielt dieses Gefälle zugunsten des öffentlichen Verkehrs verschieben muss. Das beinhaltet das Niedrighalten der Tarife, das beinhaltet Prioritätsverschiebungen bei den Investitionen für den Ausbau usw. Welche Vorstellungen haben Sie auf diesem Gebiet?

Nach meiner Meinung krankt unsere Verkehrspolitik daran, dass wir für den Verkehr zwei Infrastrukturen haben: die Bahn und die Strasse. Wir haben auch nicht zwei Wasserversorgungen und auch nicht eine Kanalisation für den Sonntag und eine für den Werktag. Der Mangel liegt darin, dass für den Ausbau der Strassen das Geld zu Verfügung steht, da laufend *zweckbestimmte Einnahmen durch die Benzinzollzuschläge* vorhanden sind. Der öffentliche Verkehr hingegen muss aus den Steuergeldern finanziert werden.

Sie haben auch schon angetönt, dass eine falsche Investitionspolitik betrieben wird. Wie müsste eine vernünftigere Politik aussehen?

Ich würde vor allem die *Zweckbindung* des Benzinzollzuschlags für den Strassenbau aufheben.

Wie wäre es, wenn der Bund die 2.7 Milliarden Bundesvorschuss an den Nationalstrassenbau zurückfordern würde?

Diese werden jetzt auch zurückbezahlt. Im Voranschlag dieses Jahres sind etwa 500 Millionen drin, die an diese Schuld zurückbezahlt werden. Jede Zweckbindung von Zöllen ist problematisch. Nicht wahr, man braucht den Zuckerzoll auch nicht für die Bekämpfung von Zahnkaries und den Tabakzoll auch nicht für die Bekämpfung von Lungenkrebs.

Besteht eine gewisse Schwierigkeit nicht auch darin, dass Verkehrsplanungsmassnahmen oder Vorschriften in diesem Zusammenhang heute von drei Departementen kommen, nämlich vom Innern (für den Nationalstrassenbau), von Ihrem Departement (für die Eisenbahn) und noch zu einem gewissen Teil vom Justiz- und Polizeidepartement. Von aussen her gesehen, bekommt man den Eindruck, dass man sich da schon manchmal ein bisschen in die Beine schiesst und dass Massnahmen einander zuwiderlaufen. Wird zur Überwindung dieses Zustandes etwas ins Auge gefasst?

Doch, das ist im Bericht der *Kommission Huber über die Reorganisation der Bundesverwaltung* enthalten. Das entsprechende Gesetz ist vom Bundesrat verabschiedet und wird jetzt den eidgenössischen Räten zugeleitet. Da ist vorgesehen, dass der *Verkehr in seiner Gesamtheit, also Strasse und Schiene, in meinem Departement, wie übrigens auch der Hochbau, konzentriert wird.*

Über den Verkehr Raumplanung betreiben

Sie haben vorhin von Tarifgesichtspunkten gesprochen, und Sie haben auch schon geäussert, es könne zum Beispiel für die Bewohner eines abgelegenen Dorfes notwendig sein, dass sie auf das Auto zählen können. Wir würden meinen, dass angesichts eben der sozialen Folgen und der Umweltfolgen des Autos auch auf der *Erschliessungsseite* gewisse Massnahmen getroffen werden sollten. Dass man also die *Standortgunst der grossen Zentren* nicht laufend erhöhen sollte, wenn man das heute im Vordergrund stehende Raumplanungsleitbild *«dezentralisierte Konzentration»* fördern möchte. Danach sollten die grossen Ballungszentren nicht weiter wachsen, sondern das Wachstum sollte auf bisher weniger entwickelte Gebiete verlagert werden. Doch die Verkehrspolitik läuft dem praktisch zuwider. Autobahnen werden da gebaut, wo bereits grosse Verkehrsaufkommen sind; eine Schnellbahn Bern–Zürich würde wieder die Ballungszentren Bern und Zürich fördern, und dies in einem Moment, da vielleicht Aarau, Brugg, Burgdorf, also Kleinstädte, gefördert werden sollten. Dieser Widerspruch entsteht daraus, dass die Verkehrspolitik nach dem Prinzip der *Nachfragedeckung* arbeitet, obwohl die Raumplanung hier eigentlich *steuern* sollte.

Ich betrachte den Verkehr als eine Ergänzung zur Raumplanung. Man müsste ein *raumplanerisches Instrumentarium* haben, um diese Dezentralisierung zu fördern. Da ist ohne Zweifel der Verkehr ein sehr wichtiges Element.

Die Verkehrsader zur Grossstadt werden sie natürlich nicht unterbinden können. Man muss mit *raumplanerischen Mitteln* die weitere Vergrösserung der grossen Agglomerationen verhindern. Ich glaube nicht, dass das über den Verkehr geht.

Sie sehen also keine Möglichkeit, Verkehrspolitik als Raumordnungspolitik einzusetzen?

Ich betrachte sie als eines der Mittel für die Raumordnungspolitik. Aber ich meine, dass ein Räumplanungsgesetz das Instrumentarium schaffen müsste.

Aber gerade dafür ist ja im Raumplanungsgesetz . . .

. . . bis jetzt noch wenig Raum vorhanden . . .

. . . um dieses Leitbild durchzusetzen.

Leider.

Verkehr, wo man ihn möchte

Die heute praktisch einzige wirksame Massnahme, die seit Jahren ergriffen wird, ist eben die Verkehrspolitik. Sie hat raumplanerische Auswirkungen, ob man das will oder nicht.

Wir führen gegenwärtig gerade Diskussionen wegen der Fahrplanzeiten. Da kommen laufend Rekurse wegen der *Schnellzugshalte.* Und ich würde glauben, dass die Schnellzugshalte etwas sein können, was ein Regionalzentrum aufwertet. Sie haben vorhin die *Schnellbahn Bern–Zürich* erwähnt. Wir denken im Moment überhaupt nicht daran, diese Schnellbahn zu bauen; es geht nur darum, das Trassee freizuhalten. Die Raumplanung will ja nicht die Grossstädte beseitigen, deshalb denke ich, dass wir diese Verbindungen nötig haben. Dies um so mehr, als der Luftverkehr für kurze Distanzen, unter 500 km ungefähr, in absehbarer Zeit nicht mehr möglich sein wird wegen der Umweltbelastung und wegen der Überlastung der Flughäfen. Die Städteverbindung per Zug, die wird wichtig werden.

Es geht nicht darum, die Städteverbindungen abzuschaffen oder zu verschlechtern, aber es ist die Frage, wo investiert man jetzt. Investiert man da, wo eine Verkehrsnachfrage ist, oder investiert man da, wo man den Verkehr hinlenken möchte?

Das SBB-Netz ist gegeben. Die SBB haben im Moment eigentlich nur Kapazitätsengpässe für den *Güterverkehr.* Und die Investitionspolitik der SBB, die geht in erster Linie in Richtung Beseitigung dieser Engpässe. Von einer Vorstellung muss man sich jedoch auch lösen: In diesem Land verkehren 1,7 Millionen Personenautomobile. Die werden Sie nie abschaffen. Und für viele Menschen – ich denke an jene, die in den dichtbesiedelten Agglomerationen wohnen – ist das Auto ein Stück Lebensqualität (sie können am Freitagabend ins Grüne fahren). Man wird mit Hilfe des öffentlichen Verkehrsmittels kaum diese Freiheit und Ungebundenheit schaffen können.

Wo ist dann die Lebensqualität jener Leute, die kein Auto haben? Die keines haben können, aus finanziellen Gründen oder weil sie alt sind? Und die an den

Willi Ritschard

Strassen wohnen, wo die andern am Freitagabend ins Grüne, ins Wochenende fahren?

Und wenn's an Energie mangelt?

Ich würde eben doch die *Siedlungspolitik* etwas anders ausrichten. Ich meine, was hier in Bern am Freudenbergplatz geschehen ist, wo die Autos an der Schlafzimmern vorbeifahren, das ist keine Verkehrsplanung. Ich denke, die Städte wird man durch ein Park-and-Ride-System weitgehend freihalten müssen vom Autoverkehr. Aber die 1,7 Millionen Autos, die werden Sie nie beseitigen, das ist eine Illusion. Jedes Auto hat zwei Stimmen. Es ist in einer Demokratie gar nicht denkbar, das mit gesetzlichen Massnahmen versuchen zu wollen . . .

. . . aber vielleicht wird es in absehbarer Zeit notwendig. Ich möchte da an das Sonntagsfahrverbot von 1973 erinnern. Es hat sich gezeigt, dass dieses Sonntagsfahrverbot nur darum eigentlich keine besonderen Schwierigkeiten verursacht hat, weil es auf den Sonntag an-

Erdölabhängiges Verkehrsvolumen der Schweiz (Binnen- und Aussenverkehr) 1970

Verkehrsträger	Güterverkehr 1970		Personenverkehr 1970	
	Mio tkm	%	Pkm	%
Strassenverkehr	3 828	31,2	52 683	82,1
Wasserverkehr	169	1,4	186	0,3
Luftverkehr	8	0,1	808	1,3
Erdölabhängiger Gesamtverkehr	4 005	32,7	53 677	83,7
Schienenverkehr	7 035	57,4	10 446	16,3
Rohrleitungen (Öl-)	1 210	9,9	–	–
Gesamtverkehr	12 250	100,0	64 123	100,0

Zahlen aus: Perspektiven des Schweiz. Verkehrswesens, Bd 1, Okt. 1972, GVK Nr. 7.

gesetzt war. Sie haben vorher die Kapazitätsengpässe bei den SBB erwähnt. Im Güterverkehr müssen die SBB für 200 Millionen Franken pro Jahr Aufträge zurückweisen.

200 000 Franken im Tag.

Es könnte ja in einer absehbaren Zukunft der Fall eintreten, dass man aus Gründen der *Energieeinsparung* auf das energiesparendste Transportmittel zurückgreifen müsste, und das wäre dann eindeutig die Eisenbahn. Sind Sie nicht auch der Ansicht, dass *heute schon* die Bahn sich für eine solche Zukunft rüsten sollte, damit die entsprechende Kapazität im gewünschten Moment bereitsteht? Denn das Transportaufkommen wird wohl weiter zunehmen.

Doch, das muss die Eisenbahn natürlich machen.

Tut sie das?

Das tut sie. Es hat den SBB kaum Schwierigkeiten bereitet, diese drei autofreien Sonntage zu bewältigen.

Weil es eben am Sonntag war. Angenommen, man müsste auch die Woche hindurch über eine längere Zeit den Verkehr auf die Schiene verlagern: da würden doch ernsthafte Engpässe auftreten. Dafür müsste heute vorgesorgt werden. Es wurde auch von den SBB betont, dass eine grössere Verkehrsverlagerung auf die Schiene für den Werktag undenkbar wäre. Wird in dieser Hinsicht konkret etwas unternommen?

Die Erweiterung der Kapazität kommt natürlich zum Teil auch dem Personenverkehr zugute. Aber ich denke, die Entwicklung wird so gehen, dass man mit anderen Energien Auto fährt.

Aber das Auto ist ja nicht nur ein Energieproblem. Es braucht zuviel Platz, es macht auch mit einem Elektromotor Lärm.

Ja, ich sehe nur die Möglichkeit nicht, auf absehbare Zeit, dass das Auto verbannt und verdammt wird. Das ist nicht denkbar.

Es geht uns auch nicht um die Verbannung, sondern um die Tatsache, dass man in allernächster Zeit – das kann in den nächsten zehn Jahren sein – gezwungen sein wird, einen wesentlichen Verkehrsanteil von der Strasse auf die Schiene zu verlegen.

Ich glaube eben, dass man vor allem *Güterverkehr* von der Strasse wegnehmen wird. Dort liegt der eigentliche Unsinn, beim Güterverkehr.

In die Infrastruktur investieren

Bleiben wir einmal bei dieser Notwendigkeit, Bahnengpässe zu sanieren. In den letzten Jahren wurden in der Schweiz 25% des Bruttosozialprodukts im Bauwesen ausgegeben. Das ist, verglichen mit anderen Industrienationen, zuviel. Es ist daher anzunehmen, dass die *Baukrise* anhalten wird. Es wäre nun naheliegend, diese überschüssige Baukapazität bis zu deren schrittweisem Abbau für dringliche öffentliche Verkehrsprojekte einzusetzen, die bisher hinausgeschoben wurden (Ausbau Lötschbergbahn, Bahnhof Olten etc.).

Wir investieren jetzt allein für die Bundesbahn rund 1 Milliarde real pro Jahr. Davon können die SBB nur $^2/_5$ selbst erwirtschaften. Den Rest muss der Bund als *Darlehen* vorschiessen. Wir könnten gerade jetzt mit diesem Rückgang der Beschäftigung im Baugewerbe durchaus mehr Bahnbauten erstellen. Nur besteht die Kapazität der Bahn nicht nur aus Bauarbeiten, man muss auch *Wagen* kaufen, *Schienen* produzieren usw. Die ganze Infrastruktur, die zu einer Bahn gehört, muss mit berücksichtigt werden. So gerne ich es sehen würde – ich fordere es auch laufend –, dass wir bedeutend mehr investieren könnten, ich muss Ihnen sagen, dass wir mindestens den Privatbahnen Geld wegnehmen müssen, weil keines mehr da ist. Der Bund ist nicht pleite. Aber die Kasse ist völlig leer, das Volk verweigert ihm die Mittel.

Wir laufen sogar Gefahr – weil der Bund die steigenden Defizite der Bundesbahnen nicht tragen kann –, dass die Bahnen die Tarife laufend erhöhen müssen. Je höher die Bahntarife, desto mehr Verkehr verlieren sie, desto mehr Strassen müssen wir bauen. Und je mehr Strassen wir bauen, desto defizitärer wird dann wieder die Bahn. Und der ganze Kreis beginnt wieder von vorne.

Dieser Kreislauf ist ja um so widersinniger, als man weiss, dass für die Bereitstellung der gleichen Kapazität für die Strasse 20mal höhere Mittel aufgewendet werden müssen als für die Bahn.

Aber der Strassenbau hat eben über den Benzinzollzuschlag die Mittel, die nicht für etwas anderes ausgegeben werden können. Das steht in der Verfassung.

Sehen Sie jetzt nicht eben als dringendste Aufgabe, diese Grundlagen zu ändern?

Ja, natürlich. Sehr dringend. Gegenwärtig wird von einer grossen Kommission und einem Stab von 20 Fachleuten, vom Soziologen bis zum Planer, eine Gesamtverkehrskonzeption ausgearbeitet, die nächstes Jahr vorliegen wird und die Vorschläge enthalten muss, wie man aus diesem Teufelskreis hinauskommen kann.

Kein Geld für soziale Dienste

Eine weitere Frage, die ins Konjunkturpolitische hineingeht: SBB und PTT werden ja heute weitgehend nach kommerziellen Gesichtspunkten geführt statt nach sozialen (mangelnde Verkehrserschliessung in abgelegenen Gebieten, Aufhebung der Postzustellung in bevölkerungsreichen Stadtquartieren), jedenfalls müssen sie kostendeckend wirtschaften. Wäre es nicht angebracht, dieser Entwicklung entgegenzutreten, indem man im Zeichen der heutigen Lage für SBB und PTT die vom Bund verfügte *Stellenplafonierung* aufhebt?

Diese Unternehmungen existieren in einem Land, das an die *Marktwirtschaft* glaubt, und in diesem marktwirtschaftlichen Denken ist alles, was defizitär ist, prima vista schlecht geführt, konkursreif und dergleichen. Die Leute, die in diesen Betrieben arbeiten, bekommen dann auch noch Minderwertigkeitskomplexe, wenn sie trotz Schweiss und Müdigkeit am Abend am Radio oder Fernsehen hören, dass ihr Betrieb defizitär ist. Die Personalplafonierung bezieht sich im übrigen nicht auf den Betrieb der SBB und PTT, sondern nur auf die Verwaltungen.

Sie wurde immerhin in Zürich von der Kreispostdirektion als Argument angeführt, als die Bewohner gegen diese Postfachanlagen protestiert haben: man könne nicht mehr Zustellpersonal anstellen, da ja der Bund die Stellen plafoniert habe.

Das Argument in Zürich war, dass man die Leute nicht findet. Jetzt findet man sie besser. Im übrigen wurde diese ganze Briefkasten-Selbstbedienungsaktion abgestoppt. Sie wird nicht wie geplant verwirklicht.

Ende der Privat-Swimmingpools?

Auch im Sektor der Energiepolitik wäre eine aktivere Politik wünschenswert, die nicht nur nach dem Prinzip der Nachfragedeckung arbeiten würde; Notsituationen können ja jederzeit entstehen. Dabei weiss man aber, dass zum Beispiel in der Stadt Zürich der Stromverbrauch der Geschäftsbetriebe 1973 um 14% angestiegen ist, verglichen mit einem Anstieg von 0,3% für die Wohnungen und von rund 5% insgesamt. Wäre hier nicht auch eine gewisse Lenkung angebracht, die auch vor *Einschränkungen für gewisse Verbrauchsarten* nicht haltmacht, die Prioritäten setzen würde? Auch hier stellt sich die Frage der *Tarife*. Wir denken etwa an Klimaanlagen, geheizte Privatschwimmbäder, an energiegefrässige Produktionsleerläufe, an Gebäudeisolationen.

Ja, wir sollten unbedingt eine *aktive Energiepolitik* betreiben können. Das war meine erste Reaktion, als ich mein Amt antrat, dass ich nach einer *Verfassungsgrundlage* dafür gerufen habe. Aber da kam auch wieder dieser Ruf nach einer Energiekonzeption, sie müsse die Grundlagen liefern, um diesen Verfassungsartikel zu kreieren, der eine aktivere Politik ermöglicht. Im gegenwärtigen Zeitpunkt fehlt uns jede rechtliche Grundlage, es sei denn für den Fall einer Mangelsituation, dass wir überhaupt etwas unternehmen können. Wir haben die Kompetenz, die elektrische Energie zu rationieren, aber dazu muss ein Mangel bestehen, und ein solcher besteht gegenwärtig nicht.

Gerade diese Stromrationierung: Stossen Sie sich als Sozialdemokrat nicht ganz gewaltig an der getroffenen Lösung einer linearen Kürzung, die doch als sehr asozial bezeichnet werden muss, weil sie den Grossen und den Kleinen ihren Anteil prozentual gleich verringern würde?

Wir werden einen *Basisverbrauch für den Haushalt* ermitteln, abgestuft nach Kinderzahl, Einrichtung usw. Wir werden das etwas differenziert machen, weil ich sonst jenen bestrafe, der jetzt vernünftig mit Energie umgegangen ist, und jenen belohne, der Energie verschwendet hat.

Das Volk hat wenig zu sagen

Nun zu einer Frage, die uns zentral scheint: In letzter Zeit ist ein reges Interesse der Bevölkerung für Fragen der Verkehrs- und Energiepolitik festzustellen. Es genügt, die zahlreichen Initiativen und Petitionen zu diesem Thema zu erwähnen. Der Einfluss der Bevölkerung ist jedoch praktisch unterbunden, man denke etwa an den Nationalstrassen- und Atomkraftwerkbau. Meinen Sie nicht, dass hier eine Gelegenheit bestünde, einen *demokratischen Meinungsbildungsprozess* auf breitester Ebene in Gang zu bringen? Oder will man es so weit kommen lassen wie in Whyl (BRD), wo die Bevölkerung einen Kraftwerkbauplatz besetzt hat, um den Bau dieses Kraftwerks zu *verhindern?*

Ein nicht bewilligtes Kraftwerk! Im übrigen verstehe ich nicht, wie Sie behaupten können, dass hierzulande dem Volk das Mitbestimmungsrecht entzogen sei. Wenn eine *Initiative* eingereicht wird, dann muss doch darüber abgestimmt werden! Das Volk hat einen Verfassungsartikel über die Atomenergie gutgeheissen. Das Volk hat stillschweigend, ohne Referendum, das Gesetz über die Atomenergie gutgeheissen, das den Elektrizitätswerken das Recht auf eine Baubewilligung gibt, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Das gleiche gilt beim Verkehr. Der Verfassungsartikel und auch das Gesetz über die Nationalstrassen sind vom Volk gutgeheissen worden. Es kann sie durch Initiativen wieder abändern.

Die Initiative von Franz Weber für «Demokratie im Nationalstrassenbau» will das fakultative Referendum zum Nationalstrassenbau wiedereinführen. Werden Sie diese Initiative unterstützen?

Ich kenne sie nicht.

Sie ist aber erst kürzlich eingereicht worden.

Man muss die Sache dann genau ansehen. Ich habe Zweifel daran, ob der Tessiner Stimmbürger sich ein Urteil darüber erlauben kann, ob die Autobahn bei Sursee nun links oder rechts am Sempachersee vorbeiführen soll.

Neue Formen der Demokratie

Zweifelsohne. Aber darf man es deswegen einfach dem *Techniker* überlassen, wo auf dem Reissbrett er seine Linie durchzieht? Die direkt betroffene *Bevölkerung*, und das sind immerhin Menschen, die in einer Wohnung leben müssen, vor der die Autobahn vorbeiführt, die hat keine Interventionsmöglichkeiten. Meinen Sie nicht, dass man hier nach Mitteln suchen müsste, die unsere gewohnte Demokratie vielleicht etwas überschreiten? Man sieht ja hier, dass offenbar ein Unbehaben besteht. Wenn man zu einer lebendigen Demokratie steht, kann man das nicht einfach unter den Tisch wischen.

Man wird sicher das heutige Autobahnnetz im Lichte der heutigen Erkenntnisse überprüfen müssen. In welcher Weise hier das Mitbestimmungsrecht der Beteiligten eingeführt werden kann, das sehe ich noch nicht ganz klar. Ich halte die Art, wie wir bis jetzt Autobahnen gebaut haben, auch nicht in allen Teilen für vernünftig. Aber ich weiss nicht, in welchen Gremien hier das Volk entscheiden müsste.

Wir wollten Sie eigentlich als Bundesrat, als von Volksvertretern gewähltes Exekutivmitglied, aber auch als Gewerkschafter, der von *Mitsprache* und *Mitbestimmung*, aber auch von *politischer Abstinenz* etwas weiss, auf dieses Problem der Demokratie ansprechen. Es ist ein wunder Punkt. Irgendwo müsste eine Möglichkeit sein, die Bevölkerung wirksam an den Entscheiden zu beteiligen.

Ich bin sehr für die Demokratisierung der Planung. Aber ich habe gerade heute morgen an einem Vortrag gearbeitet für unseren Parteitag, wo ich etwas über sozialdemokratisches Regieren sagen soll. Und ich muss es hier deutlich sagen: *In diesem Land ist nicht der Bundesrat die Regierung!* Er ist nur die vollziehende Behörde; die entscheidenden Weichen, die stellt das Volk. Mit der Zustimmung zu Verfassungsartikeln und zu Gesetzen. Das ist eigentlich regiert.

Wer entscheidet?

Sehen sie wirklich einen Akt des Regierens darin, dass man als Bürger zu einem Gesetz, zu dessen Formulierung man überhaupt nichts beitragen konnte, sondern das von irgendwelchen Kommissionen und Volksvertretern ausgearbeitet worden ist – die man zwar teilweise gewählt hat, die aber niemals die Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln –, noch ja oder nein sagen kann?

Da sehe ich die Möglichkeit des Referendums und der Ablehnung des Gesetzes, damit ein neues kommt.

Das ist natürlich nur eine sehr beschränkte Form der Demokratie. Nehmen wir das Raumplanungsgesetz: da sind viele Dinge drin, die mir nicht passen, aber ich weiss, dass es noch schlimmer ist, wenn ich es nicht annehme. Wie soll ich da stimmen?

Welches ist denn die Alternative? Soll man Landsgemeinden durchführen? Oder was sonst?

Man müsste vielleicht mehr die Form von Alternativabstimmungen zu verwirklichen versuchen.

Wenn ich jetzt bösartig etwas durchsetzen wollte, von dem ich vermute, dass es dem Volk nicht ganz gefällt, dann würde ich eine Alternative aufstellen, von der ich ganz sicher weiss, dass sie das Volk nicht will. Dann würde es zur Alternative nein sagen und zum kleineren Übel ja.

Da wäre auch die Frage der Zusammensetzung der Kommissionen zu erwähnen. Um eine aus Ihrem Bereich zu nehmen: zum Beispiel die Kommission für eine Gesamtenergiekonzeption, die ja mehrheitlich aus Interessenvertretern der Energiewirtschaft zusammengesetzt ist.

Das stimmt nicht. Sie dürfen nicht einfach alles glauben, was irgendwo geschrieben steht. Wir haben nachträglich auch noch drei Vertreter der Umweltschutzorganisationen darin aufgenommen.

Bestimmt, aber was können die überhaupt ausrichten, da sie in einer eklatanten Minderheit sind? – Doch zurück zum Grundsätzlichen. Was neue Formen der Demokratie betrifft, so herrscht offenbar eine gewisse Ratlosigkeit. Aber es gäbe immerhin Alternativen – ohne dass man deswegen gleich zur Landsgemeinde zurückkehren müsste –, die eine breitere Teilnahme der Basis ermöglichen würden. Indem zum Beispiel Entscheidungen mit kleinen Gruppen von Betroffenen von unten her vorbereitet würden, indem eine Planung von Anfang an *transparent* durchgeführt würde, statt dass man dem Volk die Resultate einen Monat vor der Abstimmung unter die Nase reibt.

Man müsste zum Beispiel im Energie- oder im Transportsektor Entscheidungen treffen können, die viel *grundsätzlicher* sind als die Detailentscheidungen (Kraftwerk ja oder nein), nämlich die Frage, ob wir überhaupt die und die Zunahme des Energieverbrauchs im Jahr wollen. Darüber entscheidet heute nicht das Volk. Das Volk kann ja heute zum grossen Teil nicht einmal auf die Detailentscheide Einfluss nehmen.

Ich verstehe nicht, wie Sie das behaupten können. Sie können doch in eine *Parteiversammlung* gehen und können von Ihrer Partei verlangen, dass sie eine *Initiative* einreicht und dieses oder jenes anders macht. Das ist der Weg, den wir hier kennen. Das ist die Möglichkeit Ihrer Einflussnahme von unten nach oben. Wenn Sie keine Mehrheit finden, dann müssen Sie sich der Mehrheit fügen, das ist demokratisch. Der Demokrat bewährt sich erst, wenn er auch Niederlagen einstecken kann.

Wollen Sie damit sagen, dass Volksentscheide in keinem Fall *manipuliert* sind? Dass das Ergebnis von Abstimmungen in jedem Fall die unverfälschte Meinung der Bevölkerung darstellt?

Das will ich nicht sagen. Aber ich behaupte, dass jeder die Möglichkeit hat, frei und geheim seine Stimme abzugeben und sich aufklären zu lassen, wenn er an eine Parteiversammlung geht, oder sein eigenes Urteil aufgrund einer Fernsehdiskussion zu bilden, wenn er denken will. Er kann das.

Nur Geld für Nein-Stimmen

Das ist die bürgerliche Freiheit. Aber die Gleichheit der Chancen in einem Abstimmungskampf ist doch überhaupt nicht gewährleistet. Wenn zum Beispiel die Waffenindustrie 20mal mehr Geld für Propaganda aufwenden kann als die Waffenausfuhrgegner . . .

Da muss ich Ihnen vollkommen recht geben. In der Schweiz finden Sie nur Geld für Nein-Stimmen. Für Ja-Stimmen finden Sie kein Geld.

Gerade das ist ja das Problem.

Ich sehe einfach keine Alternativen. Vielleicht bin ich zu stark Pragmatiker oder zu sehr Praktiker.

Wer hat diesen Staat zum *Sozialstaat* ausbauen wollen? Wir haben das gebraucht, und wenn wir einen Sozialstaat wollen, dann brauchen wir mehr Verwaltung. Eine Sozialversicherung kann man nicht mit dem Computer machen. Das ist der *Teufelskreis:* je mehr soziale Aufgaben – und es sind eigentlich mit wenigen Ausnahmen alles soziale Aufgaben –, desto grösser wird die Verwaltung; und je grösser die Verwaltung, desto mehr hat der Bürger Angst «vor dere cheibe Verwaltig»; und je mehr Angst er hat, desto mehr stimmt er nein, oder er geht überhaupt nicht mehr zur Urne.

Aber wir können doch den Leuten nicht einfach vorwerfen, dass es ihr eigener Fehler sei, wenn sie sich nicht beteiligen. Das zeigt doch, dass ihnen an den heutigen, sehr formalistischen, komplizierten und undurchsichtigen Mitbestimmungsmöglichkeiten etwas nicht passt, dass ihnen dabei nicht wohl ist. Das Interesse an den Verkehrs- und Energiefragen zum Beispiel ist ja offenbar vorhanden, da stellt sich nur die Frage, welche Möglichkeiten zu schaffen sind, damit es sich ausdrücken kann.

Man könnte auch die *parlamentarische Demokratie* zur Diskussion stellen, wie die BRD sie kennt. In einer parlamentarischen Demokratie kann man periodisch die Regierung wegwählen; man muss zwar nicht unbedingt, und es ändert auch nicht viel. Die andern machen doch ungefähr dasselbe. Aber der Schweizer hat diese Möglichkeit nicht, er hat immer dieselben Verhältnisse im Bundesrat. Die Möglichkeit, so alle vier Jahre eine Revolution zu machen, eine Regierung zum Teufel zu jagen, würde vielleicht etwas vom Groll nehmen, den das Volk gegen diesen Staat hat, der ihm überall begegnet und alles mögliche verbietet und vorschreibt.

Sie werden damit ja wohl nicht behaupten wollen, das Schweizervolk sei revolutionsreif. Herr Bundesrat, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Interview: Pierre Freimüller, Beat Schweingruber

Die Gesamtenergie-Kommission – Vorder- und Hintergründiges

Name	Offiz. Funktionsbezeichnung	«Andere» Informationen
Michael Kohn, dipl. Ing.	Präsident, Delegierter des Verwaltungsrats der Motor-Columbus AG	(Motor-Columbus ist stark am Atomkraftwerkbau beteiligt) VR in 13 Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft
Christophe Babaiantz, Dr.	Vizepräsident des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke	(Bauen bekanntlich auch Atomkraftwerke) VR in der Kernkraftwerk-Beteiligungsgesellschaft AG
Bruno Hunziker, Dr., Regierungsrat	Vertreter der Kantonsregierungen	Sitzt in den Verwaltungsräten einiger Atomkraftwerke
Walter Hunzinger, Dr.	Vizepräsident des Verbandes schweizerischer Gaswerke	Vorstandsmitglied SGU (vgl. unten), VR in diversen Unternehmen der Gaswirtschaft
Francesco Kneschaurek, Prof. Dr.	Delegierter für Konjunkturfragen	Verfasser der auf Expansion ausgerichteten (bedeutet mehr Energiebedarf) und sehr wirtschaftsfreundlichen K.-Studie
Emilie Lieberherr, Dr., Stadträtin	Präsidentin des Konsumentinnenforums	Befürworterin des Atomkraftwerkbaus
Yves Maystre, Prof.	Direktor des Institut génie de l'environnement, EPFL	Wird als ausgeprägter Technokrat bezeichnet
Ambros Speiser, Prof. Dr.	Mitglied des Schweizerischen Schulrates	Forschungsdirektor Brown Boveri (BBC)
Georg Stucky, Dr.	Geschäftsführer der Erdölvereinigung	

Auf massiven Protest der Öffentlichkeit und verschiedener «hochgestellter» Persönlichkeiten gegen die einseitige Zusammensetzung der Kommission wurden nachträglich noch folgende zwei «Vertreter des Umweltschutzes» in die Kommission gewählt:

Meinrad Schär, Prof.	Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU)	Die SGU wird im wesentlichen von der Industrie getragen. Als sie öffentlich gegen die Energiekommission protestierte, wurden ihr postwendend die Mittel gekürzt.
André Junod	Meteorologische Zentralanstalt	Hat als Mitglied der Kühlturmkommission, die eine entscheidende Rolle für die Bewilligung weiterer Atomkraftwerke gespielt hat, grünes Licht für den Bau von Kühltürmen gegeben.

Sowohl die drei Vertreter des «Umweltschutzes» wie auch jene der «Konsumenten» haben schon verschiedentlich ihre eher wirtschaftskonforme Haltung unter Beweis gestellt. Es sind keinesfalls Vertreter einer «kritischen Richtung», wie es von verschiedenen Seiten her gefordert worden war.

das konzept

Herausgeber: Verein «das konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenschaften, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETH Z).

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikkonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kiosk. Auflage dieser Nummer 25 500. Übrige Nummern 37 000.

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz; Telephon ☏ (01) 47 75 30, Postscheckkonto: 80-37626.

Redaktion: Pierre Freimüller, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber.

Artikel geben jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Nachdruck nur nach vorheriger Absprache mit der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet.

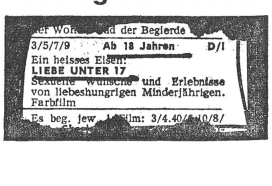
Für unverlangt zugesandte Unterlagen wird keine Verantwortung übernommen.

Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. ☏(01) 47 34 00, Telex 55 235
1-sp-mm-Zeile – .62 Fr.

Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich; Telephon (01) 39 30 30.

Redaktionsschluss Nr. 4: 25.3.75
Inseratenschluss: 3.4.75

Der Gag des Monats



In der Frage des Schwangerschaftsabbruchs spielt die Verhütung eine zentrale Rolle[1]

Kinder haben das Recht, Wunschkinder zu sein

Ein Schwangerschaftsabbruch ist die letzte Lösung. Darin sind sich alle jene einig, die für die freie Abtreibung kämpfen. Das im Volksmund gängige Wort: Vorbeugen ist besser als heilen, trifft hier in besonderem Mass zu. Es gilt, für bessere Aufklärung über Verhütungsmittel zu sorgen. Dadurch gewinnt man auch die Möglichkeit für eine freiere Sexualmoral. Für all jene Fälle aber, bei denen das Verhütungsmittel versagte, muss die Schwangerschaftsunterbrechung freigegeben werden. Nur so «können wir uns ohne Angst lieben», wie sich ein besonders Betroffener in seinem Bericht (vgl. unten) ausdrückt. Im folgenden Artikel soll nun versucht werden, auf die Schwierigkeiten und Probleme, die mit diesen Forderungen heute verbunden sind, ausführlich einzugehen und die Widerstände, die auftreten, aufzuzeigen.

Ruedi Küng

Keiner geht grundlos ins Spital, um sich einer Operation zu unterziehen. Ebenso wird keine Frau eine Abtreibung vornehmen lassen, wenn sie *nicht will*. Aber eben: sie kann wollen. Dann, wenn sie die Mutterschaft vor Probleme stellt, die sie nicht bewältigen kann. Oder wenn sie durch die Mutterschaft in ihren Plänen und Wünschen behindert wird. Dann, wenn sie abtreiben *will*, sollte es ihr in einem Staat, der auf der Verantwortung des einzelnen aufgebaut zu sein vorgibt, auch ermöglicht sein.

Aber es ist ihr unter dem bestehenden Recht nicht ermöglicht auf einem «normalen» Weg über das Gesundheitswesen, wie es bei einer Krankheit der Fall ist. Vielmehr müssen jährlich ca. 50 000 Frauen den erniedrigenden Weg einer illegalen Unterbrechung gehen. In dieser Situation wissen gewisse Organisationen keinen besseren Rat, als mit versteckter Devise *«Nur ja nicht zuviel vögeln»* hehre Lebensethik zu zitieren: *«Ja zum Leben»*, ohne sich zu fragen, unter welchen Umständen gelebt werden soll. Jene, die abtreiben wollen, sind also gegen das Leben, Mörder gar. Bei solchem Denken mag man den Herrgott auf seiner Seite haben, sicher nicht die Menschlichkeit.

Aufklärung über Verhütung tut not

Statt unter altbundesrätlichem Panier – *Roger Bonvin* ist Zentralpräsident der katholischen Vereinigung *«Ja zum Leben»* – und im Namen der Heiligkeit einem ganz profitablen Zweck zu dienen (vgl. Februarnummer), sich gegen glücklicherweise immer mehr Kräfte in unserer Gesellschaft, die erkannt haben, dass durch diese falsche Menschlichkeit keiner einzigen Seele geholfen ist. Dass es vielmehr darum geht, durch eine schon in den Schulen einsetzende Aufklärungsarbeit über Verhütungsmittel die Zahl derer, die abtreiben, so niedrig wie möglich zu halten.

«Liebe ohne Angst» ist der Wunsch eines schon älteren Menschen, der sich auch durch noch so strenge Erziehung zur Enthaltsamkeit nicht hat kleinkriegen lassen. Zwar ist in unserer Gesellschaft noch kaum eine Erziehungsinstanz fähig, sich darüber Sorgen zu machen, was einer in der Hose hat. Nur was er im Kopf hat, gilt. Daran ändert auch die scheinbar so liberale Sexwelle nichts. Sie ist ein Geschäft für gewiefte Unternehmer und Verlage und bestenfalls geeignet, den durch repressive Erziehung verklemmten Triebanlagen falsche Weichen zu stellen. Jene Partys in gehobenerem Mittelstand, wo sich männig- wie weibiglich zu Tabubrechern zu entwickeln scheint, haben mit Aufklärung etwa soviel zu tun wie Beate Uhse. Nämlich nichts.

Es fängt bei der Kenntnis über unseren eigenen Körper an. Wo überhaupt Anatomie gelehrt wird in den Schulen, besteht die Gefahr, dass sich «weisse Flecken» ergeben: Der Sexualbereich wird ausgeklammert, vor allem jener des anderen Geschlechts. Auch ist die ganze geschlechtsspezifische Erziehung seit der Wiege daran schuld, dass dieses Thema von verlegenem Gekicher der Schüler begleitet ist.

Noch schlimmer aber wiegt, dass Lehrer, die Sexualkunde geben, von der Schule gewiesen werden (vgl. «das konzept» 11/74, So frei sind unsere Schulen).

Die verbreitetsten Verhütungsmittel

Von den vielen heute bekannten Verhütungsmitteln – nur ganz wenige sind vom Mann anzuwenden! – kann man *die Sterilisation, die Pille, die Gebärmutterschleife, den Kondom und das Pessar* als gut wirksam betrachten. (Entrefilet: Die Verhütungsmethoden und ihre Sicherheit)

Bei der *Pille* (für die Frau!), dem Verhütungsmittel mit der grössten Verbreitung, wirken künstliche Hormone auf das Gehirn, auf die Gebärmutter, den Eierstock und den Eileiter. Dabei verhindern sogenannte Ovulationshemmer den Eisprung. Über die Nebenwirkungen, insbesondere krebsfördernde Wirkung, herrscht unter Fachleuten Uneinigkeit. Sicher aber ist, dass die Pille bei jungen Mädchen starke Nebenwirkungen haben kann, die sogar zur Unfruchtbarkeit führen können. Die Festsetzung des Alters der freien Pillenabgabe ist deshalb umstritten.

«das konzept» gibt gratis eine Liste von Ärzten ab, die die Verordnung von Empfängnisverhütungspillen auch an unverheiratete Frauen oder Mädchen liberal handhaben. «das konzept» kann Ihnen auch in noch aussichtsloseren Fällen einen Tip geben. Schriftliche Anfragen an: «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich. Frankiertes und adressiertes Antwortcouvert bitte nicht vergessen.

Eindeutig gefährlicher als die periodisch dreimonatlich einzunehmende Pille sind Langzeitspritzen und *«die Pille danach»*. Sie verursachen im ersten Fall chaotische Menstruationen, im zweiten schädigende Hormonüberflutung.

Die Pille ist das sicherste wieder aufhebbare Verhütungsmittel. Der Unsicherheitsfaktor liegt vor allem im Vergessen des Einnehmens.

Die übrigen chemischen Mittel wie Tabletten, Zäpfchen, Puder, Sprays, welche die Spermien töten, sind unsicher und deshalb nicht – auf keinen Fall allein – zu empfehlen. Dagegen gibt es noch drei mechanische Mittel, die relativ sicher sind. Sie haben den Vorteil, dass sie keine somatischen Veränderungen hervorrufen. Gebräuchlich sind das *Präservativ, die Gebärmutterschleife und das Scheidenpessar.*

Während in anderen Ländern Präservative in vielen WCs aus Automaten jederzeit gekauft werden können, sind sie in der Schweiz nur in Apotheken erhältlich. Darüber hinaus müssen, wie für alle Mittel, die – hohen – Kosten selber getragen werden: Keine schweizerische Krankenkasse übernimmt sie!

Die Spirale: ein Kupferdraht von bestimmter Länge wird in die Gebärmutter eingelegt und verhindert dort die Einnistung des Eis. Das Kupfer vernichtet zudem die Spermien. Die Spirale ist ziemlich sicher, hat aber unter Umständen Nebenwirkungen: Blutungen, Entzündungen, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr. Sie wird von ¾ der Frauen getragen – etwa gleich wie die Pille.

Das Scheidenpessar ist eine Kunststoffscheibe, welche in die Scheide eingelegt wird und verhindert, dass die Spermien zum Ei gelangen.

Ärztliche Betreuung

Welches dieser Verhütungsmittel auch angewendet wird, es sollte (mit Ausnahme des Präservativs) nicht ohne ärztliche Betreuung geschehen. Bei allen Verhütungsmitteln können Nebenwirkungen auftreten, die erkannt und behoben werden müssen. Hier zeigt sich wiederum die Bedeutung der Kenntnis über den eigenen Körper. Insbesondere für Frauen – aber auch für Männer – ist es wichtig, zu wissen, was der Arzt tut bei der Untersuchung. Denn noch immer gibt es viele Ärzte, die die Verhütung als repressives Instrument gegenüber den Klienten missbrauchen (Aufklärung über weibliche Anatomie und wichtige Untersuchungen finden Sie in «focus» Nr. 49, Febr. 74). In vielen, vor allem ländlichen Gegenden der Schweiz findet man kaum Ärzte, die die Pille verschreiben.

Sonderfall Sterilisation

Sterilisation ist die Unfruchtbarmachung des Mannes oder der Frau. Beim Mann wird der Samenleiter operativ durchtrennt, die sogenannte *Vasektomie*. Es ist ein kleiner Eingriff, welcher ambulant durchgeführt werden kann. Entgegen der landläufigen Meinung hat die Sterilisation keinerlei Einfluss auf das Verlangen oder die Potenz des Mannes. Bei der Frau werden die Eileiter «verschmort», so dass kein Ei mehr in die Gebärmutter gelangen kann. Dafür sind zwei Schritte in die Bauchdecke erforderlich, einer für das Laparoskop, eine Art Lampe, mit welcher die Bauchhöhle ausgeleuchtet wird, der andere für die Elektrosondé.

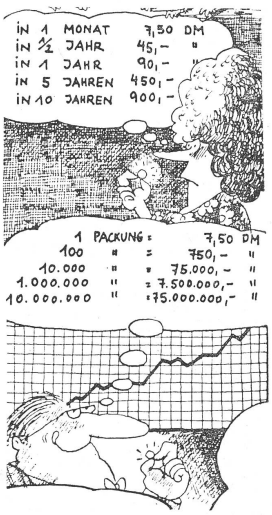
Abgesehen von operativen Problemen ist die Sterilisation besonders problematisch, da der Eingriff nicht rückgängig gemacht werden kann. Das ist mit ein Grund, weshalb viele Ärzte und Kliniken diesen Eingriff nur unter bestimmten Bedingungen vornehmen. Es stellt sich aber (auch angesichts der Fälle, wie sie in nebenstehenden Berichten zum Ausdruck kommen) die Frage, ob hier nicht ein Machtmonopol – das medizinische eben – ausgenützt wird *gegen* den Willen mündiger Bürger? Wie der Bericht *«Liebe ohne Angst»* beweist, sind hier die konservativen Kantone am strengsten. Nicht einmal sehr kinderreichen Familien wird diese Verhütung ermöglicht. Es zeigt sich dabei einmal mehr, welches Wundermittel die von religiösen Ideologien beherrschten Ärzte und Pfarrer anzubieten haben: Enthaltsamkeit! Der Bericht veranschaulicht eindringlich, wieviel Unmenschlichkeit, ja sogar Sadismus hinter scheinbar so ehrbaren Einstellungen verborgen ist.

Unbefriedigtheit noch immer vorherrschend

Die übrigen Verhütungsmittel sind, wie gesagt, unsicher. Dennoch sind sie stark verbreitet. *Ogino-Knaus*, d. h. das Aufschreiben der Zyklen und das Berechnen der frucht- und unfruchtbaren Tage der Frau, ist neben *Koitus interruptus*, der Trennung der Partner vor dem Orgasmus des Mannes, noch bei ungefähr ⅔ der Schweizer Bevölkerung das gebräuchlichste Mittel!

Entscheidend aber bleibt, dass *«eine zuverlässige Schwangerschaftsverhütung unmöglich ist»!* Der dies sagt, ist Fachmann: *Prof. Dr. med. Heinrich Stamm* vom Bezirksspital Baden, Chefarzt der geburtshilflich-gynäkologischen Abteilung.

Aus diesem Grund ist es für eine fortschrittliche Geburtenregelung unerlässlich, dass die legale Möglichkeit der Abtreibung besteht. Es ist unbestritten, dass Kinder, die gewünscht sind, in einer besseren Umgebung aufwachsen. 70% aller Straffälligen der Schweiz sind unerwünschte Kinder! Dem entgegen fragen die «Lebensbejaher» in schon zynischer Weise, ob denn Goethe oder Einstein Wunschkinder gewesen seien.

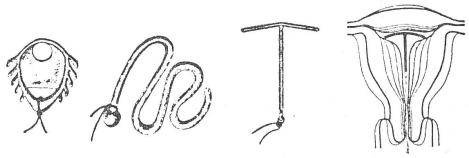


Obwohl bezüglich der Abtreibungsmethoden viele neue Erkenntnisse gewonnen wurden, insbesondere im Ausland, hauptsächlich in China und Amerika, darf ein solcher Eingriff – vor allem wegen möglicher psychischer Belastung – nicht verharmlost werden.

In einem Punkt sprechen die Berichte eine unmissverständliche Sprache: Weder hilft Zitronensaft, noch Stricknadeln und Schläuche; auch Sonden irgendwelcher Art sind einzig gefährlich, aber helfen nichts. Hingegen bringt, fachgerecht durchgeführt, eine Abtreibung geringere Risiken mit sich als jede Geburt.

Bis zur 12. Schwangerschaftswoche

Fortsetzung auf Seite 4



Die modernsten Intra-Uterin-Pessare IUP (von links nach rechts) etwa in Originalgrösse Dalcon-Shield, Lippes-Schleife und Kupfer-T, Lage des IUP in der Gebärmutter

Die Sprache der Betroffenen

«das konzept» veröffentlicht weitere Berichte von Frauen, die abgetrieben haben. Dazu kommen Berichte über die Sterilisation. Die Abtreibungsberichte machen klar, dass die bestehenden Verhältnisse geändert werden müssen. Die Berichte über die Sterilisation zeigen, wie schwer es ist, einen solchen Eingriff zu erwirken. Dabei ist neben der eindeutigen Bevormundung, die dadurch geschieht, zu beachten, dass die Sterilisation ein problematisches Verhütungsmittel sein kann.

Liebe ohne Angst

Meine Frau und ich sind in der streng konservativen Innerschweiz aufgewachsen. Der Schreibende war das 11. Kind. Also sicher ein unerwünschtes. Ich kam mit 7½ Monaten zur Welt. Meine Mutter hatte Blutsturz, und ich wurde mit Kaiserschnitt geboren. Der Hausarzt, ein gewissenhafter Mann, hatte damals zu meinem Vater gesagt: «Noch ein Kind, und die Frau ist tot. Ich rate Ihnen unbedingt zur Sterilisation.» Meine Mutter hat das Problem mit dem Dorfpfarrer besprochen, dieser setzte ihr ein kategorisches Nein entgegen. Nach drei Jahren kam meine jüngste Schwester. Von da an hatte die Mutter keine wirklich gesunde Stunde mehr. Nach 3½ Jahren erlöste sie leider der Tod. Der Vater war 60 und konnte sich betreffend Arbeitsüberlastung und Kummer nicht viel um uns kümmern. Ich will nicht klagen, denn wir hatten Kleider und Essen. Aber ich hätte gerne mein Leben gegeben, wenn ich dadurch meinen Geschwistern die Mutter hätte erhalten können. Man wird kaum erahnen, was alles in diesem Satz enthalten ist.

Meine Frau ist die Tochter eines Bauern mit 18 Kindern im Haus und 6 Kühen im Stall. Wie ich wurden sie alle streng katholisch erzogen. Es wurde darauf geschaut, welche Gemeinde die kürzesten Schuljahre hat. Dann wurde nach Möglichkeit das Kind dorthin gegeben, damit es sehr bald in der Fremde als Hilfskraft Lohn verdienen konnte. Arbeit und Behandlung spielten keine Rolle. Die Stelle mit dem höchsten Lohn war die beste. Der Lohn musste bis auf wenige Franken (2–5) nach Hause geschickt werden. Alte Kleider wurden immer wieder abgeändert, damit sie noch getragen werden konnten. Die Familie hatte keine Krankenkasse. Wegen Geldnot konnte nur in dringenden Fällen der Arzt gerufen werden. Zwei starben im Kindesalter, ohne je einen Arzt gesehen zu haben. Einer hat eine Hasenscharte mit Wolfsrachen, die operiert wurden. Die Operation ist sehr schlecht gelungen.

«So wie der Staat es in seiner Justiz macht – er bestraft den Mord, sichert sich aber das Monopol darauf – so macht er es eben überhaupt: Er verbietet uns, unsere Nachkommen am Leben zu verhindern – er wünscht dies selber zu tun. Er behält sich vor, selber abzutreiben, und zwar erwachsene, arbeitsfähige Menschen.»
Bert Brecht

Er sieht nicht schön aus und kann heute noch keine Prothese tragen. Meine Frau und einige Geschwister haben verkrüppelte Zehen, weil sie zu kleine Schuhe tragen mussten. All dies ist verursacht durch finanzielle Not und durch die Unbarmherzigkeit der Religion. Kondom, Koitus interruptus und Sterilisation waren noch Todsünden. Die Eltern waren nicht unbarmherzig, aber die Not hat sie dazu gezwungen. Die Mutter war mit 50 Jahren ein Häuflein Elend, und der Vater starb mit 59 Jahren.

Ein Kind folgte dem andern

Als wir fast mittellos geheiratet hatten, fassten wir den Vorsatz, nicht mehr als vier Kinder zu haben, obwohl wir sehr kinderliebend sind. Nach anderthalb Jahren haben wir uns auf das erste Kind richtig gefreut. Das zweite kam überraschend schnell. Meine Frau musste jeden Tag erbrechen, und das Resultat war eine sehr schwere Geburt.

Danach gingen ich und meine Frau zu einem jüngeren Arzt wegen der Familienplanung. Der Arzt sagte: «Für euch kommt nur die Knaus-Ogino-Methode in Frage.» Resultat bei strikter Einhaltung des Planes: erneute Schwangerschaft. Meine Frau musste dreieinhalb Monate das Bett hüten. Sie hatte Nierenbeckenentzündung und Blutarmut und konnte keine Speisen mehr behalten. Die vielgerühmte ärztliche Kunst versagte vollständig.

Wir gingen wieder zum Arzt zwecks Geburtenkontrolle. Wieder die gleiche Empfehlung, nur wurden die empfängnisfreien Tage gekürzt. Resultat: wieder schwanger. Die Schwangerschaft war begleitet von täglichem Erbrechen, und bei der Geburt war das Kind in Steisslage.

Wieder Konsultation beim Arzt. Es bleiben wegen der schweren Arbeit, welche eine ganz unregelmässige Menstruation verursacht, von der Periode abgesehen, noch 5 empfängnisfreie Tage. Heute sind es 10 Kinder. Beim jüngsten war die Frau infolge Herzversagens dem Tode nahe. Wir wissen, dass einige Frauen durch Erschütterungen, Spülungen oder Tabletten eine Abtreibung erreicht haben. Eine hatte das Glück, einen Arzt zu finden, der die Abtreibung vornahm. Sie ging am Samstag in das Spital und konnte am Montag wieder zur Arbeit. Eine Abtreibung haben wir auch erreicht. Nachher gab es Komplikationen. Der Arzt machte ein solches Geschrei, dass sich die Frau nicht mehr zum Arzt getraute.

Da fasste ich den Entschluss, mich sterilisieren zu lassen. Aber der Arzt sagte, es gäbe in der Innerschweiz keinen Arzt, der so etwas ausführe. Ich musste erfahren, wie die Inder mehr Möglichkeiten haben als die Schweizer. Wir haben Zeitungsausschnitte von der Antibabypille dem Arzt gegeben, worauf er höhnisch sagte, das wäre eine schlechte Sache. Wir getrauten nicht einmal zu fragen, warum, denn sein Gesicht war so verächtlich. Uns blieb nur noch ein Weg: die vollständige Trennung vom so glücklichen Ehebett, wo wir zuerst unseren Kummer besprochen und dann doch wieder glücklich vereint waren.

Schluss mit schönen Stunden

Nach anderthalb Jahren war unsere Ehe gebrochen. Kummer und Sorgen, Krankheit in Haus und Stall haben uns erdrückt. Die schönen gemeinsamen Stunden durften nicht mehr erlebt werden. Dann kam im Jahr 68 die Enzyklika «Humanae vitae». Der Papst hat darin nur die Enthaltsamkeit und die Knaus-Ogino-Methode toleriert. Damit war auch noch unser Glaube an einen vernünftigen Gott getötet.

Heute, in dem früher so verschrienen Kanton Zürich, nimmt meine Frau die Pille. Dadurch ist auch die Blutarmut vollständig verschwunden. Wir dürfen uns auch wieder ohne Angst lieben. Dieses Jahr feiern wir in völliger Harmonie die silberne Hochzeit.

Unsere Frage bleibt: Warum muss der Staat durch Verbote, z. B. das Abtreibungsverbot, in unsere Privatsphäre eingreifen, ohne uns wirklich zu helfen? Denn selbst die subventionierten Wohnungen sind klein. Warum wollen religiöse Führer, die selber ledig sind, den Verheirateten das Intimleben bestimmen und damit den Glauben zerstören? Wann wird endlich die Schweizer Bürgerin und der Schweizer Bürger als mündig betrachtet?
(Landwirt)

Opfer der religiösen Erziehung

Seit zwei Jahren war mein sexuelles Leben vorwiegend von der Angst vor Verzögerungen meiner Regel geprägt. Jedesmal verfluchte ich meinen Körper und trank Zitronensaft, ein angeblich abtreibendes Mittel . . . Jedesmal bekam ich die Regel wieder . . . Ich hatte einen reichlich gestörten Zyklus (zwischen 7 und 12 Wochen). Als ich bereits seit einigen Wochen mit D. verkehrte, musste ich schliesslich im Juli 1968 erkennen, dass meine Brüste anschwollen. Ich hatte dauernd das Bedürfnis zu urinieren und ein steigendes Verlangen zu schlafen.

*Nachdem ich drei Wochen lang das Problem nicht wahrhaben wollte, ging ich schliesslich in die Frauenklinik *** (öffentliches Spital, die Red.). Bereits bei meiner Ankunft fragte man mich nach dem Grund, einen Gynäkologen sehen zu wollen. Als ich das ungefähre Datum meiner letzten Periode angab, bestätigte mir eine Krankenschwester, dass ich schwanger sei, was durch einen Scheidenabstrich noch erhärtet wurde. Mit ihren Fragen, ob ich den Vater kenne und seit wann, versuchten mir diese Leute in Weiss einzureden, die einzige Lösung für mich bestehe darin, zu heiraten und dem Kind einen Vater zu geben. Selbstverständlich wagte ich keine Äusserung über meinen Wunsch abzutreiben, aber ich protestierte, ich hätte gar keine Lust zu heiraten. Doch die Krankenschwester sagte mir: «Gehen Sie eine Röntgenaufnahme machen lassen, und unterzeichnen Sie Ihre Schwangerschaftserklärung.» Ich wollte mich nicht röntgen lassen, und damit einen unwiderruflichen Beweis meines Zustandes geben. Ich versuchte verschiedene Ausreden, aber schliesslich blieb mir nichts anderes mehr übrig, als*

Fortsetzung auf Seite 4

[1] **Soll Verantwortung Mord sein? Schweizer Frauen berichten über ihre Erfahrungen bei Abtreibung. Dazu eine Analyse der Situation in der Schweiz. Die Nummer (2/75) kann gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bezogen werden bei der Redaktion «das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich**

Opfer . . .

Fortsetzung von Seite 3

die Aufnahme machen zu lassen. (Ich habe später erfahren, dass dies für einen Fötus von einigen Wochen nicht empfehlenswert ist.) Ich kam damals nicht auf die Idee, dass ich mich weigern könnte, die Schwangerschaftserklärung zu zeichnen, dass ich besser die Analphabetin gespielt hätte, als den Verdacht aufkommen zu lassen, abtreiben zu wollen.

Zuerst das Geld . . .

Ich entschloss mich, eine Freundin in der Provinz aufzusuchen, die mich ein paar Monate zuvor wegen desselben Problems um Hilfe ersucht hatte. Sie erzählte mir von ihrer Abtreibung: Auskratzung unter Narkose. Preis: 1800 Fr., aber ihre Eltern, die davon wussten, hatten ihr geholfen. 1800 Fr. waren für mich damals, 1968, eine ungeheure Summe; ich war 21 und noch mehr oder weniger Studentin.

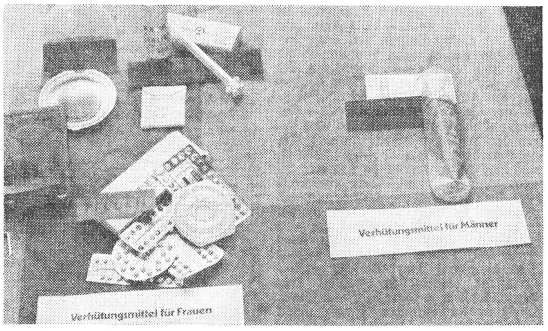
Anfang September suchte ich Dr. B. in einer Klinik am Rand der Stadt auf. Er zögerte, auf mein Verlangen einzugehen, aber ich beschwor ihn, für mich das gleiche zu tun, wie für meine Freundin vier Monate zuvor. Als er einen Scheidenabstrich nahm, traf er mit mir eine Abmachung für den folgenden Samstagvormittag. Das Geld solle ich mitbringen, es käme mich jemand abholen.

Dank meinen beiden Brüdern, denen ich von persönlichen Schulden erzählte, brachte ich innerhalb von vier Tagen das Geld zusammen. D., mein Freund, begleitete mich am Samstag. Er war durch dieses heimliche Treffen, durch diese Abtreibung, die in zwei Stunden erledigt sein sollte, ebenso verängstigt wie ich . . . Er würde mich im Café erwarten. Während all dieser Tage hatte er mich moralisch und liebevoll in meinem Entschluss unterstützt, wenn sein erster Gedanke auch war, mich zu heiraten. Wie abgemacht, kam mich eine Frau holen und führte mich zum betreffenden Ort.

. . . dann der Eingriff

Ich zog mich aus, der Arzt kam das Geld holen, setzte mich dann auf einen gynäkologischen Stuhl und anästhesierte mich . . .

Ich erwachte etwas später in einem Zimmer. Ich rief nach jemandem, ich litt Schmerzen und blutete so stark, dass der Gynäkologe mich zum Tisch zurückführte, als die Narkose bereits kaum mehr eine Wirkung hatte. Immer wieder führte er seine Kürette[1] ein: ich verspürte ungeheuer heftige Schmerzen und flehte ihn an aufzuhören. Ich schlug vor, das Kind zu behalten, um nur dieser Abscheulichkeit ein Ende zu setzen. Dazu war es natürlich zu spät, und er schrie mich an, warum ich ihn mit dem Zeitpunkt meiner letzten Regel belogen hätte: Ich war tatsächlich bereits im vierten Monat. Nach einer kurzen Ruhe führte mich die junge Frau zum Café zurück, wo mich D. erwartete. Er machte keine grossen Worte. Wir nahmen ein Taxi, ich hielt mir den Bauch . . . ich war gefoltert, aber befreit.



Verhütungsmittel – vor allem für die Frau!

Die Suche nach einem Verhütungsmittel

Bei einem Arzt die Pille verlangen zu gehen kam für mich nicht in Frage. Das wäre dem Bekenntnis gleichgekommen, sexuelle Beziehungen zu haben. Mangels der Pille praktizierten wir den Koitus interruptus, was für den einen wie für den andern unbefriedigend war. Aber wieder schwanger zu werden fürchteten wir zu sehr. Wieder lebte ich mit der Angst vor dem Ausbleiben der Periode. Kaum hatte ich 1969 dieselben Symptome wie im Jahr zuvor bemerkt, besuchte ich wieder den Arzt, ohne auch nur überprüft zu haben, ob ich tatsächlich schwanger sei. Aber ich hatte immer noch die leichte Hoffnung, meine Regel doch wieder zu bekommen. Wie das erste Mal wollte ich das Problem nur mit D. angehen. Der Zufall aber wollte es, dass ein guter Bekannter uns eine Neuigkeit mitteilte: Seine Freundin M. war schwanger und gewillt abzutreiben. Ich gestand, dass wir uns in der gleichen Lage befanden. Schliesslich landeten M. und ich bei einer Krankenschwester, die für 600 Fr. Sonden einführte. Noch immer hatte ich keinerlei Beweise, schwanger zu sein, aber eine nach der andern sind wir etwas zitternd in das Zimmer gegangen: Spritze, Spekulum, Taschenlampe, um die Sonde mit einer Stricknadel einzuführen. Wir waren lediglich gekommen, uns zu erkundigen . . . wir gingen wieder hinaus mit der Sonde zwischen den Schenkeln.

Unsere Freunde erwarteten uns draussen im Wagen. D. schimpfte mich aus: ich setze mein Leben aufs Spiel, und er verlangte, ich solle augenblicklich die Sonde herausnehmen. Auch ich befürchtete das Schlimmste. Ich heulte, weigerte mich aber, die Sonde zu entfernen.

M. und ich unterstützten uns gegenseitig, indem wir unsere Eindrücke austauschten und versuchten, unsere Angst zu mindern. Jeden Tag gingen entweder wir zur Krankenschwester, oder sie kam zu uns, um die Sonde herauszunehmen und durch eine andere zu ersetzen. Eines Nachts teilte G. uns mit, M. habe starke Schmerzen. Nutzlos, die Schwester zu rufen. Sie hatte uns gesagt, nichts anderes tun zu können, als den Abort auszulösen.

Am nächsten Tag ging es M. sehr schlecht, jedoch die Abtreibung hatte sie hinter sich. Sie wollte mir nicht zuviel erzählen, um mich nicht noch mehr zu ängstigen. Nächste Nacht war ich an der Reihe: Krämpfe liessen mir den Atem stocken, ich hatte das Gefühl, mir würden die Eingeweide herausgerissen. Ich vermochte D. nicht zu wecken. Ganz allein weinte ich. Dann bin ich zum Urinieren aufgestanden und habe viel Blut und einen vollständig ausgeformten, weisslichen Fötus von etwa 8 oder 9 cm verloren. Da ich in christlicher Religion erzogen worden bin, fühlte ich mich schuldig. Aber ich überlegte mir: man kann nicht ein Kind in die Welt setzen, um ihm dies dann vorzuwerfen oder es zu verlassen.

Heute denke ich, dass es nicht darum geht, zu jammern. Es geht darum, zu kämpfen, um eine Situation zu ändern, die alle Frauen unterdrückt. Wir haben ein Recht, unsere Sexualität zu leben und Tag und Zahl unserer Geburten zu wählen.

(Übersetzung aus dem Französischen durch J.-M. Gaillard)

[1] *Kürette: med. Instrument, einem Löffel mit langem Stil vergleichbar. Mit scharfem Rand und, zur Ausschabung der Gebärmutter, durchlöchert.*

Beratungsstellen

Movimento Feminista Ticinese: Centro delle donne, via Ariosto, 6900 Lugano.

FBB Zürich, Postfach 307, 8025 Zürich: Frauenzentrum/INFRA, Lavaterstr. 4, 8002 Zürich.

MLF Genève, Case postale 111, 1227 Carouge: Centre femmes, 7, rue Sismondi, Genève.

FBB Bern, Postfach 1471, 3001 Bern: Kontakt: Liselotte Lüscher, Effingerstr. 4a, 3011 Bern

MLF Lausanne, CP 1804, 1002 Lausanne: Kontakt: Françoise Ducraux, Tribunal Fédéral 2, 1005 Lausanne.

MLF Fribourg: Kontakt: Hana Kubecek, Villars Vert 38, 1700 Fribourg.

Kritisches Oberwallis Frauen: Kontakt: Marianne Spycher, Sandmitte, 3902 Glis.

Chur: Kontakt: Claudia Andrea, Süsswinkelgasse 12, 7000 Chur.

St. Gallen: Kontakt: Doris Raschle, St.-Georgen-Str. 210, 9000 St. Gallen.

Basel: Kontakt: Esther Gutzwiler, Burgunderstr. 4, 4000 Basel.

Information: Schweizerische Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch (SVSS), Looslistr. 12, 3027 Bern.

«Als Mann nichts eingebüsst»

«Sie» 29, «er» 34, verheiratet seit drei Jahren, ein Knabe von 1½ Jahren, sie erneut schwanger. Wegen Pillenunverträglichkeit reifte der Gedanke der Sterilisation schon frühzeitig. Wir bewohnen in einem kinderreichen 6-Familien-Haus (16 Gofen) eines sozial eingestellten Gemeinderats eine 4½-Zimmer-Wohnung. Schon bei den ersten Schwangerschaftskonsultationen des Hausarztes wünschte meine Frau ausdrücklich, gleich nach der Geburt sterilisiert zu werden. Unser sonst auch in geschlechtlichen Dingen aufgeschlossener Hausarzt schien diese Wünsche geflissentlich zu überhören. Im 6. Schwangerschaftsmonat erhielten wir Gewissheit, dass Zwillinge zu erwarten seien, die dann auch prompt sieben Wochen zu früh geboren wurden. Zwischen den beiden Zwillingsgeburten wünschten meine Frau und ich beim anwesenden Chefarzt ausdrücklich nochmals eine gleich anschliessende Unterbindung. Nachdem mit einer halben Stunde Unterbruch der zweite Zwillingsbruder (mit blauen Striemen am Körper) geboren war, riet uns der Chefarzt dringend, eine Unterbindung der Frau erst in drei Monaten ins Auge zu fassen, da Frühgeburten öfters kritische Überlebenschancen hätten.

Wir willigten ein, und nach besagten drei Monaten war uns klar, dass wegen der vielen Arbeit mit unseren drei Kleinkindern meine Frau unmöglich mehr für fünf Tage ins Spital zurückkehren konnte. Nach vielen Wenn und Aber seitens des Hausarztes kam doch jener Samstagvormittag, an dem ich mich mit dem vom Hausarzt veranlassten Aufgebot und der von beiden Ehepartnern unterschriebenen Erklärung im Spital meldete. Als ich rasiert und mit sterilen Tüchern bedeckt auf dem Operationstisch lag, musste ich die letzte Hürde beim medizinischen Chefarzt nehmen, der mich nochmals über meine Zeugungskraft bis ins hohe Alter aufklärte, es zwar wesentlich lieber sieht, wenn sich die Frau unterbinden lässt und nicht der Mann.

Ich wurde schliesslich trotzdem unterbunden und heute, vier Monate nach dem Eingriff, sind wir beide froh, der früher ewigen Unsicherheit glücklich entronnen zu sein. Auch habe ich als Mann überhaupt gar nichts eingebüsst, im Gegenteil, wir dürfen Liebe ohne Angst erleben.

Als lobenswert möchte ich noch meine Krankenkasse (Thalwil und Umgebung) erwähnen, die an die Kosten von 195 Fr. (Prof. R., Männedorf) sage und schreibe 170 Fr. vergütete, so dass mich die Befreiung von jahrelanger Unsicherheit oder Einschränkung bare 25 Fr. kostete.

Negative Reaktionen konnte ich in meinem Bekanntenkreis nirgends beobachten, im Gegenteil, einige holten Mut, um das gleiche zu tun!

Bei den 6 Familien im Haus ergibt sich heute folgendes Bild:

2 Frauen mit je 3 Kindern nach 3. Geburt unterbunden,
1 Frau mit 2 Kindern aus gesundheitlichen Gründen ganze Gebärmutter entfernt,
ich selber mit 3 Kindern 5 Monate nach Zwillingsgeburt unterbunden,
2 Ehepaare mit 2 und 3 Kindern mit unbekannter Verhütung.

Die Verhütungsmethoden und ihre Sicherheit (nach Prof. Dr. med. H. Stamm)

Sterilisation 99–100% sicher
Pille 97–99% sicher
Gebärmutterschleife («Spirale») 90–95% sicher
Gummischutz des Mannes (Kondom, «Pariser») 70–80% mässig sicher
Scheidenpessar (Gummischutz der Frau) 60–70% mässig sicher
Scheidentabletten, -crèmen, -puder, -spray, -zäpfchen 30–50% mässig sicher
Koitus interruptus («Aufpassen») unsicher
Berechnung der untruchtbaren Tage (Knaus-Ogino) unsicher
Bestimmung des Eisprungs durch Messung der Körpertemperatur oder durch chemische Beurteilung des Scheidenschleims unsicher

Der Fall der Marianne G.

Zeitpunkt: 1969. Alter von Marianne: 21. Beruf: Zimmermädchen in einem Spital, bei schlechter Entlöhnung. Marianne G. ist zu diesem Zeitpunkt ledige Mutter mit 18monatigem Kind. Sie hat ihre Kindheit grösstenteils und bis ins Alter der Pubertät in einem Waisenhaus verbracht.

Wieder schwanger, ohne ein zweites Kind verkraften zu können noch zu wünschen, weiss sie nicht, an wen sie sich wenden soll. Das Spital kommt zum vornherein nicht in Frage: Zu gross ist die Angst und die tatsächliche Gefahr, denunziert zu werden und die Stelle zu verlieren. Sie sucht andere Möglichkeiten, die immer wieder scheitern, bis sie sich, nahe am Verzweifeln, entschliesst, die nun bereits drei Monate alte Frucht mit Hilfe ihres Freundes abzutreiben. Aber wie? Vermeintlich ganz einfach: Mittels eines Schlauches ihres Aquariums, den sie vor dem Eingriff im kochenden Wasser desinfiziert. Mit grossen Schwierigkeiten gelingt es ihnen, diese Gelegenheitssonde einzuführen. Ihre Schmerzen sind dabei fast unerträglich.

Einige Stunden später – Marianne G. ist jetzt wieder allein – setzen Kontraktionen ein in immer kürzeren Abständen und immer schmerzvoller, begleitet von wachsenden Atembeschwerden. Nach längeren Qualen wird der Fötus endlich ausgestossen. Jedoch die Blutungen hören nicht auf. Angst und Schmerzen wachsen. Marianne G. wird schwächer, kann schliesslich nicht mehr aufstehen. Sie liegt im Dunkeln in ihrer Mansarde im 6. Stockwerk eines Miethauses, ohne Telephon, ohne Rufverbindung zu Nachbarn – hoffnungslos!

Nur zufällig kommt eine Freundin vorbei und sieht mit Entsetzen Marianne in ihrem Blut liegen. Sie lässt sofort die Ambulanz kommen. Als Notfall kann Marianne G. nicht abgewiesen werden. Sie bekommt Bluttransfusionen. Man diagnostiziert einen Riss in der Gebärmutterwand. Die Ursache ist leicht auszumachen. Körperlich knapp gerettet, hat sie jetzt noch, umgeben von tadellosen Müttern, die Rolle einer Verbrecherin zu erdulden. (Zusendung)

Betrifft: Abtreibung

«das konzept» begnügt sich nicht damit, über die Abtreibungsproblematik zu berichten: es kann Ihnen auch helfen, wenn Sie sich mit einer unerwünschten Schwangerschaft konfrontiert sehen. Wir haben soeben ein neues Merkblatt in Sachen Schwangerschaftsabbruch herausgegeben, mit nützlichen Hinweisen, Tips und Adressen. Das Merkblatt enthält insbesondere die Adressen verschiedener Beratungsstellen und empfehlenswerter ausländischer Kliniken. Sie erhalten es gratis gegen ein frankiertes und adressiertes Couvert bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich. Zu den gleichen Bedingungen ist bei «das konzept» die Neuausgabe der Liste von Ärzten erhältlich, die die Verordnung von Empfängnisverhütungsmitteln liberal handhaben.

Was tun bei möglicher Schwangerschaft?

1. Tritt Ihre Blutung nicht zum richtigen Termin ein, suchen Sie innerhalb von 5 Tagen einen Arzt auf. Er wird Ihnen eine Spritze geben, oder eine Packung «Diogynon» verschreiben. «Diogynon» enthält zwei Tabletten, welche Sie 24 Stunden nacheinander einnehmen. Nach der Spritze, wie auch nach «Diogynon», stellt sich innerhalb von 10 Tagen eine Blutung ein, wenn Sie nicht schwanger sind.
2. 12 Tage nachdem die normale Blutung hätte eintreten sollen, können Sie einen Schwangerschaftstest machen lassen, indem Sie Ihren Urin in eine Apotheke oder zu Ihrem Arzt bringen.
3. Wenn der Test positiv ausfällt (Sie schwanger sind), überlegen Sie sich nach folgenden Gesichtspunkten: Will ich ein Kind oder nicht, kann ich es unter den gegebenen Umständen aufziehen oder nicht? Ein Kind braucht viel Liebe, Aufmerksamkeit und einen starken sozialen Rückhalt. Es spürt sofort, wenn es auf irgendeine Art zur Last fällt. Unglückliche Kinder sind sozial gefährdet. (70 Prozent aller Straffälligen sind unerwünschte Kinder.)

Wollen Sie das Kind nicht, so ist es wichtig, dass die folgenden Schritte so schnell wie möglich gemacht werden, denn auf keinen Fall ist es möglich, die Schwangerschaft nach der 12. Woche zu unterbrechen.
4. Sie müssen von Ihrem Arzt die Schwangerschaft in einem Zeugnis bestätigen lassen. Dieser kann Ihnen einen Arzt angeben, der vom Staat legitimiert ist, Schwangerschaftsunterbrechungen vorzunehmen.

Jeder Arzt verfügt über eine Liste dieser legitimierten Ärzte und Psychiater, ist jedoch nicht verpflichtet, sie zu vermitteln. Will er Ihnen keine Adresse geben, dann suchen Sie einen andern auf. DAS KONZEPT kann Ihnen dabei behilflich sein. Liegt ein dringender Grund für eine Unterbrechung vor (Krankheit, Süchtigkeit, Alter), so können Sie sich in eine Klinik überweisen lassen.
5. Haben Sie einen legitimierten Arzt gefunden und liegt kein medizinischer Grund für eine Unterbrechung vor, so müssen Sie ihn überzeugen, dass Sie es seelisch nicht verkraften, ein Kind zu haben. Er wird Sie mit einem Schreiben zu einem ebenfalls legitimierten Psychiater schicken.
Die meisten Psychiater verlangen einen Lebenslauf, anhand dessen sie Ihre seelische Entwicklung verfolgen können. (Es ist zum Beispiel möglich, dass ein Leben relativ normal verlaufen ist, die Frau aber jetzt durch die unerwünschte Schwangerschaft seelisch zerrüttet wird.)
Kosten: Psychiater: ca. 250 bis 350 Franken, Arzt: ca. 600 bis 850 Franken.

DAS KONZEPT *(auf der Grundlage eines Papieres der FBB Zürich)*

Kinder haben das Recht . . .

Fortsetzung von Seite 3

sind zwei Arten von Abtreibungsverfahren anwendbar: Absaugungen und Ausschabungen. (Nach der 12. Woche sind kompliziertere Methoden nötig, z. B. Prostaglandine oder Hysterotomie. Dabei sind die Absaugverfahren eindeutig die einfacheren Eingriffe – und trotzdem in der Schweiz kaum angewandt!

Ausschabung (Kürettage): Mit einem scharfen Löffel aus Metall wird der Inhalt der Gebärmutter von den -wänden abgekratzt. Damit der scharfe Löffel durch den Gebärmuttermund und den -hals eingeführt werden kann, muss der -hals geweitet werden (Dilatation). Da diese sehr schmerzhaft ist, muss der Eingriff unter Vollnarkose erfolgen.

– *Absaugverfahren* (wie es im französischen Film «Histoires d'A« gezeigt wird): besteht im Absaugen des befruchteten Eis mit einer Spritze aus Plastik durch eine Kanüle, die ebenfalls aus Plastik ist und in die Gebärmutter eingeführt wird. Vor dem Absaugen wird das Ei mit einem weichen Löffel (einer weichen Kürette) von der Gebärmutterwand abgeschabt. Das Plastikmaterial verhindert dabei das so gefährliche Durchstossen der Uteruswand, das grosse Risiko jeder Kurpfuscherei. Der Eingriff dauert etwa 20 Minuten. Danach kann man sofort heimgehen.

Nach der 8. Woche kann diese Methode nicht mehr angewandt werden, da jetzt der Embryo zu gross ist. – *Vakuumaspiration:* Nach der 8. Woche kann man den Gebärmutterinhalt mit einer Kanüle absaugen, die mit einem Schlauch an ein Unterdruckgerät angeschlossen ist. Da der Embryo grösser geworden und die Kanüle (entsprechend grösser) eingeführt werden muss, wird der Gebärmutterhals erweitert. Deshalb ist eine Teil- (oder Voll-)narkose nötig.

Die Absaugung dauert nur 11 Minuten. Nachher muss man 1 Std. liegen; wenn keine Blutung auftritt, kann man nachher heimgehen. Diese Methode wurde in China entwickelt und wird in der UdSSR, in allen osteuropäischen Ländern, in England, Holland, Schweden und den USA angewandt.

Die Erfahrungen in all diesen Ländern haben gezeigt, dass die operativen Schwierigkeiten zum grossen Teil überwunden sind. Dennoch gibt es neben den juristischen noch psychologische Probleme, die nicht zu vernachlässigen sind. Es wäre die Aufgabe von sozialen Beratungsstellen und Abtreibungskliniken, die nicht nach dem Profitprinzip arbeiten, auch für die psychologische Betreuung der Frauen vor dem Unterbruch zu sorgen. Zumindest solange die herrschende Moral sich nicht von der Inkriminierung der Abtreibung gelöst hat, bedeutet jeder solche Eingriff eine (z. T. grosse) psychische Belastung für die betreffende Frau.

Was die «Volksvertreter» sagen

1971 wurde eine Initiative eines überparteilichen Komitees mit fast 60 000 Unterschriften eingereicht: Sie sieht die *ersatzlose Streichung der §§118–121 des Strafgesetzbuches* vor. Die Initiative würde zurückgezogen, wenn im Parlament die Fristenlösung (straffreie Abtreibung bis zur 12. Schwangerschaftswoche) bei freier Arztwahl die Mehrheit finden würde. Diese Hoffnung jedoch wurde enttäuscht: Denn bereits im Nationalrat errang die Fristenlösung keine Mehrheit, und aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie es auch im Ständerat nicht. Somit würde dem Volk allein die Initiative zur Abstimmung unterbreitet. Es sind nicht nur Pessimisten, die ihr, da sie Abtreibungen über den 3. Monat hinaus zulässt, wenig Chancen geben.

Bleibt alles beim alten?

FP, SP, SVP, LdU, PdA, sechs Kantone (ZH, BE, SO, SH, AR, GE), sieben Frauenorganisationen und zehn weitere Organisationen sind für die Fristenlösung. Diese wäre bei freier Arztwahl tatsächlich ein Fortschritt gegenüber den bestehenden Verhältnissen. Ein Fortschritt auf gesetzlicher Ebene. Dieser Fortschritt, in andern Ländern längst Wirklichkeit, kommt jedoch erst da zur Entfaltung, wo er von einem wirksamen sozialen Betreuungs- und Beratungsdienst unterstützt ist. Verhütung muss Teil einer umfassenden Sexual- und Anatomiekunde bilden. Verhütungsmittel müssen von den Krankenkassen finanziert oder gratis abgegeben werden. Für Abtreibungen müssen Praxen und Kliniken eingerichtet werden. Der Eingriff muss ebenfalls von den Kassen getragen werden.

Angesichts der gegen diese Lösungen kämpfenden Kräfte, Parteien wie Organisationen, beinahe utopische Forderungen. Denn diesen Gruppierungen stehen reichlich finanzielle Mittel zur Verfügung. Werbekampagnen werden mit viel Emotionalität und heuchlerischer Menschlichkeit, ja sogar mit falschen Informationen über Abtreibungen durchgeführt. Und was vielleicht am meisten zählt: Es sind Männer, die über diese Sache entscheiden!

In Amerika und Frankreich haben sich aus dieser wenig hoffnungsvollen Situation heraus Selbsthilfeorganisationen von Frauen für Frauen gebildet. Da werden, neben Beratung und Betreuung, Frauen ausgebildet, um Abtreibungen nach der Absaugmethode mit der Spritze vornehmen zu können. Selbsthilfe als einzig gangbarer Weg aus einer Situation des Unrechts heraus. Ob auch in der Schweiz allein dieser Weg bleibt, wird sich in diesem Frühsommer zeigen.

Ruedi Küng

Streiflichter

In der Spalte «Streiflichter» sollen in unorthodoxer Weise Aspekte der sog. «Kulturwelt» besprochen werden. Wohlbemerkt: Wir wollen Kultur in einem erweiterten Zusammenhang sehen, also nicht nur so, wie sie die Elite empfindet, sondern so, wie sie fürs Volk von Bedeutung ist.

Den Snobs und Flippern eins aufs Dach!

«In meinen Arbeiten hat die Politik den Vorrang vor der Kunst und nicht umgekehrt», schreibt der deutsche Polit-Künstler Klaus Staeck in einem Begleittext zu einer Ausstellung seiner Plakate, Postkarten und Aufkleber, die kürzlich in Zürich stattgefunden hat. Wir möchten diesen Text unsern Lesern unterbreiten, da er ein neues Licht auf die Bedeutung kulturellen Schaffens wirft. Wir meinen, dass jeder, ob Produzent oder Konsument, daraus einige wertvolle Denkanstösse entnehmen kann.

In der «Zeit» vom 18. Juni '71 schrieb Wieland Schmied: *«Welcher Beamte soll darüber entscheiden, ob das, was Gutuso, Matta, Kitaj, Hamilton, was Hrdlicka, Petrick, Sorge oder Staeck machen, noch Kunst ist oder nicht vielleicht doch schon Politik? . . .»*

So überflüssig diese Frage auch zu sein scheint, so gut lässt sich an ihr die Möglichkeit der Vermittlung politischer Inhalte durch die Kunst darlegen. Diese Absicht wird nur durch die Tatsache erschwert, dass es im Augenblick in Mode ist, dass jeder Kunstmanager seinen mehr oder weniger massgeblichen Senf zum Thema Kunst und Politik beisteuert. Dabei sollte sich inzwischen herumgesprochen haben, dass es keine eigentliche politische Kunst gibt, wohl aber alle Kunst politisch ist. Leider werden diese Dinge ständig durcheinandergeworfen.

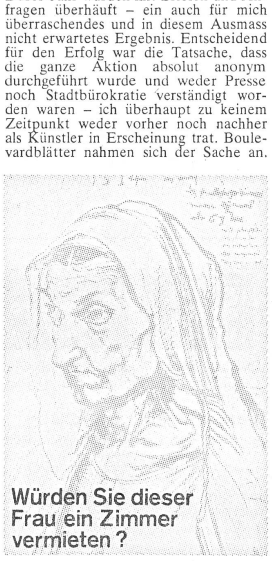
Staecks Beitrag zu den Wahlen 1972

Kunst zur Vermittlung politischer Inhalte

Grosse Teile des Bürgertums unserer Gesellschaft – und nur sie werden überhaupt von der Kunst tangiert – wollen die Kunst als Bestandteil der heilen Welt erhalten wissen, die Kunst als kulinarisches Vehikel des faulen Friedens zwischen Eigenheim mit Vorgarten, Fernseher, Auto und Pommes frites. Der Künstler bleibt auf die Beschäftigung mit Farben und Formen verwiesen. Und man sagt – als hätte man ein schlechtes Gewissen dabei –, dass dadurch indirekt auch die Sensibilität für soziale Probleme geschärft werde. Mir liegt nichts ferner, als gegen die Bewältigung ästhetischer Probleme zu polemisieren. Nur: allzuoft dient der Ästhetikvorwand dazu, bewusst von der als unbequem empfundenen Realität abzulenken. Manche lebenden Künstler sind bestenfalls opportunistische Fluchthelfer aus dieser als schlimm empfundenen Welt; eine besondere Form des Betruges. Nur so ist der Erfolg dieser Scharen von Illusionisten, Phantasten, Postsurrealisten, Wiener Schülern etc. zu erklären; nicht zu vergessen die meist epigonalen Spätkonstruktiven und die Op-Flimmerer à la *«Schöner Wohnen»*. Weite Bereiche der Gegenwartskunst liessen sich bequem unter die Rauschmittel subsumieren. Fest steht, dass die Hoffnungen, über eine indirekte Sensibilisierung zu einer humaneren Form des Zusammenlebens zu kommen, bitter enttäuscht wurden – leider. Statt dessen nimmt die Brutalisierung unserer Gesellschaft ständig zu, und das wohl kaum, weil zu wenig schöne Bilder gemalt wurden. In einer Zeit ständiger Zunahme lebensbedrohender Konflikte kann sich der Künstler nicht um seinen Beitrag zur Lösung der dringendsten Fragen herummogeln. Zumal er sich immer noch in elitärer Weise klüger dünkt als die breite Masse. Der Künstler in der Rolle des Belehrers, der für sich sogar Freiräume beansprucht, die ihm die Gesellschaft auch mehr oder weniger freiwillig einräumt, damit er im selbst erbetenen Ghetto so recht ungestört werkeln kann: zaubern, Wölkchen malen, grundieren, grauschimmern . . . Nur wenige nutzen die Privilegien erweiterter Freiheitsräume zur Arbeit für die Gesellschaft. Von jedem mündigen Staatsbürger verlangt man, dass er seinen ihm gemässen Beitrag zur Lösung der Probleme der Gesellschaft leistet, zwingt ihn zur Auseinandersetzung mit der Realität. Warum sollten die Erwartungen gegenüber dem Metzger grösser sein als die an den Künstler? Unbestritten, dass es kein Schema, keine Gebrauchsanweisung für diese künstlerische Auseinandersetzung gibt. Um nicht missverstanden zu werden: ich trete nicht etwa für eine vordergründige Politisierung der Kunst ein in der Form, dass alle Künstler nur noch Vietnam-Bilder machen sollten. Das Problem der Vermittlung politischer Inhalte durch die Kunst ist ohnehin eine nur schwer lösbare Aufgabe. Ich habe auf diesem Gebiet meine bitteren Erfahrungen.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Die scheinbar törichte Frage nach noch Kunst oder schon Politik birgt in der augenblicklichen Situation eine gute Chance für einen wirksamen Ansatz. Nur das, was sich nicht einordnen lässt, stört und beunruhigt und hat überhaupt Chancen, im Sinne einer Veränderung wirksam werden zu können. Erst nach Beginn einer scheinbaren Gratwanderung zwischen Kunst und Politik sind meine Arbeiten bei einer breiten Öffentlichkeit auf Interesse gestossen. Der enger werdende Kontakt mit Leuten ohne Kunsthypothek hat mich zu immer klareren Mitteilungen geführt, hat mich mehr und mehr auf artifizielle Kunststückchen verzichten lassen. Diese Entwicklung hat mich zum Plakat geführt, zum Flugblatt, zur Gebrauchsanweisung, zur politischen Aktion. Dabei habe ich einige für meine Arbeit wichtige Erfahrungen gesammelt, die ich an einem erfolgreichen Beispiel aus jüngster Zeit erläutern möchte.

In der Woche der offiziellen Eröffnung des Dürer-Jahres liess ich auf dem Höhepunkt des überspannten Festrummels in Nürnberg an 300 Litfasssäulen Plakate anschlagen. Diese Din A 1-Plakate zeigten die Vergrösserung von Dürers bekanntem Bildnis seiner früh gealterten Mutter. Darüber war deutlich lesbar gedruckt: *«Würden Sie dieser Frau ein Zimmer vermieten?»* Vom Tage der Plakatierung an meldeten sich beim städtischen Presseamt über 200 Anrufer täglich. Presseamt, Kulturdezernat, Stadtreklame und die Planungsgruppe Dürer-Jahr wurden mit Briefen und Anfragen überhäuft – ein auch für mich überraschendes und in diesem Ausmass nicht erwartetes Ergebnis. Entscheidend für den Erfolg war die Tatsache, dass die ganze Aktion absolut anonym durchgeführt wurde und weder Presse noch Stadtbürokratie verständigt worden waren – ich überhaupt zu keinem Zeitpunkt weder vorher noch nachher als Künstler in Erscheinung trat. Boulevardblätter nahmen sich der Sache an.



Die Tageszeitungen fragten im Lokalteil und nicht im Feuilleton nach Urheber und Geldgeber und lieferten eigene Interpretationen und Kommentare zur Aktion. Eine zur gleichen Zeit in Nürnberg stattfindende Tagung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und eine Anti-Makler-Kampagne der Jungsozialisten lieferten den unmittelbaren politischen Kontext. Mit Ungläubigkeit und Anerkennung wurde später die Nachricht quittiert, dass es sich bei der ganzen Aktion um die Initiative und den finanziellen Einsatz eines einzelnen gehandelt hatte. Selbst Journalisten waren vor dieser Aktion der Meinung gewesen, dass jede Plakatierung einer behördlichen Genehmigung bedarf. Durch die Eigeninitiative von Privatleuten wurde die Plakataktion inzwischen in anderen Städten ebenso erfolgreich wiederholt.

Eine weitere wirksame Aktion wurde gerade in Kaufhäusern gestartet. Freunde ergänzen Fernsehapparate um eine notwendige Betriebsanleitung. Der Aufkleber ist handlich und unmissverständlich. Diese Beispiele liessen sich beliebig fortsetzen.

In letzter Zeit habe ich häufiger im Interesse einer Verdeutlichung der politischen Informationen die bildlichen Darstellungen durch Textfragmente ergänzt. Die Grenze zur reinen Agitation ist damit fliessend geworden. Gerade die besonders stark vereinfachten Arbeiten hatten bisher die grösste Resonanz. Seitdem es mir gleichgültig ist, ob meine Produkte zur Kunst gerechnet werden oder nicht, bin ich in der Wahl meiner Mittel freier geworden. Ich finde ohnehin nichts peinlicher als den unglaubwürdigen modischen Polit-Glamour, das Übergiessen politischer Themen mit einer künstlerischen Sauce, um auch vor dem reaktionärsten Kunstkritiker noch bestehen zu können. In meinen Arbeiten hat die Politik den Vorrang vor der Kunst und nicht umgekehrt. Überflüssig zu sagen, dass das nicht die praktische politische Arbeit ersetzt. Die Resonanz auf meine jüngsten Arbeiten hat mich überzeugt, dass die Kunst durchaus für die politische Arbeit genutzt werden kann. Nur unpolitische Leute und Phantasten setzen übertriebene Erwartungen in die politischen Möglichkeiten des einzelnen in unserer Gesellschaft.

Die Kunst ist kein untaugliches Mittel zur Vermittlung politischer Inhalte.

Klaus Staeck

Kleiner, handlicher Aufkleber für Fernsehapparate

GE·PRESS·T

wirtschaft/arbeit

$ Inflation in *Chile* (nach Schätzungen der Junta) 1974: 340%! Nach andern Schätzungen (auch Allende-Gegner!) jedoch 2200%! Lohnsteigerungen jedoch nur um 1000%. Der Unterschied resultiert aus der Berechnungsgrundlage: hie der Warenkorb *nur der Reichen*, da jener der Mehrheit der Bevölkerung.

$ Um 8–20% haben die *Emser Werke*, das grösste Industrieunternehmen in GR, die *Löhne gekürzt;* bei Frauen, deren Männer voll arbeiten, ging die Reduktion sogar bis 50%.

$ Grösste *Massenentlassung* in Zürich seit 25 Jahren: 350 Arbeitnehmer will das Kugellagerwerk SRO bis Ende September entlassen. Grund: Die Produktion eines gewissen Kugellagertyps sei aus Konkurrenzgründen nicht mehr rentabel.

$ *160 000* Kinder zwischen 10 und 14 Jahren sind in Spanien bereits in den Arbeitsprozess eingespannt.

$ In den USA bringen skrupellose *Menschenschmuggler* Ausländer über die Grenze. Kostenpunkt: 300 US-$+1000 US-$ für die Einwandererkarte. Obgleich bei diesen Transporten mehr Menschen ums Leben kommen als die jährliche Mordrate in den USA beträgt, drängen sich die Einwanderungswilligen: 2 $ Stundenlohn sind eben im Vergleich zu 4 $ Taglohn bei über 50% Arbeitslosen in Mexiko immer noch verlockend.

Walter M. Diggelmann: Erlesenes

«Die Gewehre der Frau Carrar»

Dieses Stück von *Bertolt Brecht* handelt vom spanischen Bürgerkrieg und vom Problem der Neutralität. Frau Carrar hat ihren Mann auf der Seite der Roten verloren. Und nun will sie nicht, dass auch die beiden Söhne getötet werden. Denn wer sich in die Gefahr begibt, kommt darin um. Sie vergräbt deshalb die von ihrem Mann hinterlassenen Gewehre. Sie will weder mit General Franco noch mit den Republikanern etwas zu tun haben. Der Priester des Dorfes bestärkt sie in dieser Haltung, denn in der Bibel heisst es: «Du sollst nicht töten.» Aber es taucht ein Bruder ihres Mannes auf und sagt, wer jetzt nicht *gegen* Franco kämpfe, kämpfe *für* ihn. Denn die Faschisten nähmen keine Rücksicht, seien a priori inhuman; um an die Macht zu gelangen, würden sie Frauen, Kinder und Greise wahllos ermorden. Daran will Frau Carrar nicht glauben. Erst als man ihr die Leiche ihres ältesten Sohnes bringt, der als friedlicher Fischer von den Faschisten erschossen worden ist, gibt sie die Gewehre heraus und wird selbst aktive Mitkämpferin. *(Fernsehen, ZDF, 3. 3. 75)*

Neutralität? Wann müssen wir eingreifen? Wo und wann können wir uns nicht mehr hinter fadenscheinigen Bibelsprüchen, hinter Wunschdenken verstecken? Wer in den vergangenen Wochen Zeitungen und Zeitschriften gelesen hat, muss heute wissen, dass es eine Neutralität, ein Beiseitestehen à tout prix nicht gibt. Es sei denn, man gebe sich selbst auf. Gewiss, man macht sich unbeliebt. Doch lieber heute unbeliebt sein und morgen noch leben als umgekehrt.

*

Betriebsschliessungen und Kurzarbeit bald auf der ganzen Front. Die Unternehmer sind selbstverständlich nicht schuld daran. Es lebe die freie Marktwirtschaft. Konkurrenz bis zum Völkermord ist gesund. Was käme schon dabei heraus, wenn sich die Arbeitnehmer solidarisieren würden? Sozialismus, Kommunismus? Schrecklich! Der Egoismus muss uns heilig bleiben. Auch wenn wir daran verrecken. Der Vatikan wird uns dafür heiligsprechen. So einfach ist das. Die Reichen und Superreichen sind ungläubige Menschen. Auf Heiligenschein verzichten sie. Nicht auf den Profit. In die Kirchen gehen sie nur als Leithammel. Und die armen Schafe folgen ihnen. Sind eben nur Schafe. Die Arbeiter. Und das wissen die Arbeitgeber. Darum spenden sie auch so gerne für die Kirchen.

*

Zu den Gewehren greifen? Nicht so wie die Baader-Meinhof-Gruppe. Anarchismus führt zu nichts. Der bejahrte deutsche Kommunist *Max Reimann* sagt in der *«Deutschen Volkszeitung»* dazu: *«Der Anarchismus ist eine utopisch-kleinbürgerliche, pseudorevolutionäre Ideologie und Bewegung, die mit der Herausbildung der kapitalistischen Grossproduktion entstand, die die kleinen Produzenten in ihrer Existenz ständig bedrohte, sie allen Schwankungen der kapitalistischen Produktionsweise, besonders den Gesetzen der Konkurrenz und des Profitmachens unterwarf.»*

Und: *«Nicht durch Revoluzzertum werden gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt, sondern nur, wenn die Arbeiterklasse gemeinsam mit allen antiimperialistischen Kräften dafür kämpft, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit solcher Veränderungen überzeugt wird. Auf die diversen Grüppchen in den verschiedenen kapitalistischen Ländern trifft zu, was Lenin in seinen Thesen zum Anarchismus schrieb: ‚Der Anarchismus ist ein Produkt der Verzweiflung. Die Mentalität der aus dem Gleis geworfenen Intellektuellen oder des Lumpenproletariats, aber nicht des Proletariers.'»*

*

Zu den Gewehren! Bundesrat *Gnägi*, irgendwo im 17. oder 18. Jahrhundert beheimatet, hatte wieder einmal eine Glanzidee. Abgeklärt werden sollte, ob das berüchtigte ausserdienstliche Schiessen unserer Wehrmänner noch sinnvoll sei. Sinnvollerweise setzte Gnägi einen Kommissionspräsidenten ein, von dem er wusste, dass er die Sonntagmorgenknallerei für sinnvoll hält: Oberstbrigadier und Präsident der Stadt Luzern, *Hans-Rudolf Meyer*. (Man kann ja nicht davon ausgehen, ein Oberstbrigadier sei Pazifist oder gar Antimilitarist.) Meyer: Die ausserdienstliche Sonntagmorgenknallerei muss sogar noch intensiviert werden. Dreissig Millionen darf uns dieser Schabernack kosten. Dafür nehmen unsere Büetzer, die Soldaten, Kurzarbeiten in Kauf. Herr Meyer hat Kurzarbeit nicht zu befürchten. Als Oberstbrigadier und Stadtpräsident dürfte er ausgelastet sein. Dazu kommen noch die Luzerner Musik-Festwochen. Finanziert von der Familie Bührle, Zürich, Waffenschmiede.

*

Kurzarbeit und Betriebsschliessungen allenthalben. Sogar die prüde «NZZ» hat wirtschaftliche Schwierigkeiten. Zu seinem Leidwesen musste Chefredaktor *Fred Luchsinger* gleich vier Redaktoren kündigen. Vornehm, wie die alte Tante von der Falkenstrasse ist, legte Luchsinger via karrierebewusste Redaktoren diesen Mitarbeitern nahe, selbst zu kündigen. Denn merke: Die «NZZ» kündigt grundsätzlich nicht. Wenn's nicht anders geht, wenn nicht gespurt wird, ekelt man die Leute aus dem Haus. Diesmal gelang nicht einmal mehr dieser Trick. *«Von der Ihnen angebotenen Möglichkeit, dies (die Kündigung; WMD) von Ihrer Seite aus zu tun, haben Sie bis heute keinen Gebrauch gemacht. Deshalb muss ich Ihnen zu meinem Bedauern, mit Datum vom 1. Februar 1975, unsererseits die Kündigung auf den 1. Mai 1975 aussprechen . . .»* In der Meinung, das Gesicht wahren zu können, weist Herr Luchsinger darauf hin, *«dass der Ertrag der journalistischen Arbeit . . . hinter den Erwartungen der Redaktion stark zurückgeblieben ist . . .»*.

Solche Worte an redaktionelle Mitarbeiter, die seit fünf und mehr Jahren dabei sind. Unter Fred Luchsingers Vorgänger, Willy Bretscher, sagen Inside-Kenner, wäre solch asoziales Vorgehen niemals denkbar gewesen. Einer der Entlassenen ist immerhin Familienvater und steht vor dem Nichts. Es ist noch nicht so lange her, da hat ein anderer, so behandelt, sich das Leben genommen.

*

Zu den Gewehren greifen? Zu meiner Bubenzeit hörte ich oft den Spruch, der und jener sei «keinen Schuss Pulver wert». Ist Dr. med. *Gilgen*, vorübergehend als Erziehungsdirektor des Kantons Zürich tätig, «einen Schuss Pulver wert»? Gilgens letzter übler Streich: Er verbot ein Schulexperiment, das sich bestens bewährt hatte. Schriftsteller *Jürg Acklin* und der Sozialwissenschafter *Christoph Kappeler* unterrichteten seit 1972 gemeinsam eine Schulklasse vom 4. bis zum 6. Schuljahr. Sie hatten ein neues Konzept erarbeitet: *«Lernen zu lernen»*. Gilgen ist gegen das «Lernen zu lernen». Auf ein Gespräch mit den Eltern der Schüler liess er sich nicht ein. Er, der als Landesring-Regierungsrat in einem Inserat für die kommenden Wahlen schreiben liess:

«Chömed zum Znacht. Wir – die Unabhängigen – glauben, dass die Lösung der gemeinsamen Aufgaben im gemeinsamen Gespräch gefunden werden kann – me sött rede mitenand!»

Gilgen «abschiessen»? Aber doch nicht mit dem Gewehr. Das brauchen wir fürs ausserdienstliche Schiessen. Und zudem ist G. wirklich «keinen Schuss Pulver wert». Da müsste er erst einmal «lernen zu lernen». Bloss Auswendiglernen genügt allenfalls, um Dr. med. zu werden. Sind unsere Universitäten so schlecht?

An die Gewehre? Nein, an die Wahlurnen.

*

Im «Tages-Anzeiger-Magazin» vom 1. März 1975 las ich ein Interview mit *Charles Bettelheim*, Professor an der Ecole Pratique des Hautes Etudes in Paris. Charles Bettelheim gilt in Frankreich als führender marxistischer Ökonom und Spezialist für die Probleme der Ökonomie im Sozialismus. Er kennt Russland, China, Indien, Kuba, Vietnam durch eigene Anschauung. Er lobt Russland zum Beispiel nicht, Russland könnte besser dastehen. Über unseren Ehrengast Solschenizyn schreibt er:

«Solschenizyn kritisiert die Sowjetunion vor allem aus der Sicht der Bourgeoisie. Und seine Ideologie ist im grossen ganzen die eines reichen Bauern. Er sagt, sein Vater sei ein reicher Bauer gewesen, der sich durch Arbeit emporgebracht habe. Aber man weiss ja, was das heisst: durch die Arbeit der andern. Also Kulaken-Ideologie . . . Er steht gar nicht so sehr im Gegensatz zur sowjetischen Staatsideologie, und die ist ziemlich reaktionär. Dass es Gewerkschaften, Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Demokratie gibt, auf allen Ebenen, das scheint Solschenizyn ganz unerträglich.»

«das konzept» – ein Blatt, das kein Blatt vor den Mund nimmt. Und auch kein Brett vor dem Kopf hat!

frauenbewegung:
wir brauchen keine männer mehr!
österreichs ärzte sabotieren abtreibung
alice schwarzer: verzicht auf hausfrauenlohn
arnold künzli: patriarch tito gegen praxis
ernest mandel: für gleitende lohnskala
wie drück ich mich vorm bundesheer?

NEUES FORVM März 1975

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

Fluchtgefahr

ein Film von Markus Imhoof
dem Autor des verbotenen Zuchthausfilms «Rondo»

mit Wolfram Berger
Matthias Habich
u.v.a.

ein Kunststück (Tages-Anzeiger)
der vielleicht beste deutschschweizerische Spielfilm überhaupt (Basler Nachrichten)
Imhoofs Zuchthauswelt ist physisch erlebbar, man riecht sie förmlich (Cinéma)

Uraufführung Mitte März
Basel, Kino Mascotte
Bern, Kino Studio

anschl. folgen:
Luzern, Winterthur,
Zürich, St. Gallen,
Schaffhausen, Chur

Das grösste Spezialgeschäft der Schweiz, ausschliesslich für TaschenElektronenRechner (TER). Einmalige Auswahl bekanntester Weltmarken.

ab Fr. 65.-

Einfache Rechner, 4 Operationen, %-Automatik, mit und ohne Speicher oder √ usw.

Adler	Colex	Royal
Anita	Ibico	Sanyo
Aristo	Interton	Sharp
Berkey	Kovac	Sinclair
Brother	Lloyds	Texas Instr.
Canon	Monroe	Toshiba
Commodore	Olivetti	Unisonic
Casio	Remington	Victor
Citizen	Realtone	

Technisch-wissenschaftliche Rechner ohne Exponential-Funktionen

Adler	Casio	Remington
Anita	Colex	Sinclair
Aristo	Commodore	Sharp
Brother	Ibico	Unisonic
	Intertone	

Technisch-wissenschaftliche Rechner mit Exponential-Funktionen

Canon FT	590.– + 85.– Akku
Commodore SR 36	295.– inkl. Adapter
Realtone SC 40	365.– inkl. Adapter
Texas Instr. SR 50	398.– inkl. Adapter

Fachliche Beratung
Garantie
Nachnahmeversand

Beachten Sie diese Inserate, sie zeigen Ihnen die aktuellen Börsenangebote zu Tagespreisen.

SENSATIONELLES BÖRSEN-ANGEBOT:

TEXAS INSTRUMENTS SR 50

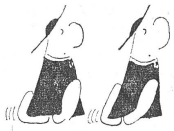
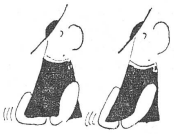
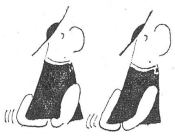
der meistgekaufte technisch-wissenschaftliche TASCHENELEKTRONENRECHNER

Börsen-Angebot **Fr. 368.-**
(inkl. Adapter)

Grösste Auswahl bekanntester Weltmarken vom einfachsten bis zum technisch wissenschaftlichen Rechner. Einmalig in der Schweiz bei:
FAIGLE-TER-BÖRSE LOCHERGUT, Tramhaltestelle Sihlfeld
Badenerstrasse 236, 8004 Zürich, Telefon 39 54 00

FAIGLE TER BÖRSE LOCHERGUT

alle wege führen nach ROM

23.3.-31.3.	BAHN/FLUG	FR. 275.--
27.3.-31.3.	BAHN/FLUG	FR. 245.--
31.3.- 6.4.	FLUG/FLUG	FR. 335.--
6.4.-13.4.	FLUG/BAHN	FR. 285.--

INKL. HOTEL UND FRÜHSTÜCK.

nicht nur Studenten reisen mit dem SSR

SSR
SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
BASEL BERN GENÈVE LAUSANNE LYON NEUCHÂTEL
ST. GALLEN ZÜRICH

Das homosexuelle Verlangen

von Guy Hocquenghem Brosch., 164 S., Fr. 12.90

«Nicht das homosexuelle Verlangen ist problematisch, sondern die Angst vor der Homosexualität.»

Le désir homosexuel. G. Hocquenghem. (français) Br. 121 p. Fr. 10 50

«him», das magazin mit dem mann
Monatliche Zeitschrift, ill., mit Informationen. Einzelnummer Fr. 9.50.

«hey», Gay-Magazin
Monatlich. Organ der S. O. H. Einzelnummer Fr. 6.—.

Abonnementspreise (Lieferung weiterer Zeitschriften) über Peter Thommen, Buchhändler, Postfach 177, 4018 Basel, PC 40-67761 (Versand Fr. 1.—)

das konzept im Februar

- «Ich habe abgetrieben!»: Schwangerschaftsabbruch-Report 1. Teil
- Solothurner Filmtage: Zurück zum Konformismus?

Nummer verpasst? Nachbestellungen gegen 1.50 Fr. in Briefmarken bei «das konzept», Redaktion, Rämistr. 66, 8001 Zürich.

DISSERTATIONEN
druckt exzellent
BÖNECKE
3392 Clausthal-Zellerfeld
Fach 29 Ruf 05323/3525

von DIN A4-Vorlage auf DIN A5-Format	bei Expl.	DM pro Seite
	70	3.30
	100	3.45
	150	3.65
	200	3.80
	300	4.25

Frachtverbilligung
Raster billigst!
Angebot anfordern

Gesucht für die Sommermonate flinke, ehrliche, aufgeweckte

STUDENTINNEN

als Servicemithilfen in neurenoviertes, praktisch eingerichtetes Familienhotel in schöner Ferien-gegend.

Bitte schreiben sie uns:
Fam. D. Maron
Sporthotel Krone
7075 *Churwalden*
bei Lenzerheide/Valbella

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 77 27

ABGABETERMINE

sind oft entscheidend. Benachrichtigen Sie uns frühzeitig — dann wird Ihr Termin zu unserem Termin. Wir

SCHREIBEN VERVIELFÄLTIGEN BINDEN

Ihre wissenschaftlichen und technischen Arbeiten.

Ihr Wohnort spielt keine Rolle.

Dactylo-Bureau-Service
F. u. U. Hiss, Telephon (061) 23 11 55
Frobenstrasse 42, 4053 Basel

Psychologie

Métraux, Alexandre, Dr. phil., New York
Graumann, C. F., Prof. Dr. phil., Heidelberg
(Herausgeber)

Versuche über Erfahrung

Mit Beiträgen von W. Blankenburg, C. F. Graumann, J. J. Kockelmans, A. Métraux, W. Metzger, H. Müller-Suur, H. Spiegelberg, B. Waldenfels
1975. 135 Seiten, kartoniert 24 Fr.

Die Aufsätze wurden in der Absicht verfasst, die von Philosophie und Erfahrungswissenschaft immer neu gestellte Frage nach Funktion und Eigenschaft der Erfahrung aufzugreifen. Einem derartigen Unterfangen kann nur dann Erfolg beschieden sein, wenn Vertreter mehrerer Disziplinen – Psychologie, Psychopathologie, Philosophie – zu Wort kommen.

Schraml, Walter J., Prof. Dr. med. et phil.
Baumann, Urs, Dr. phil., Zürich
(Herausgeber)

Klinische Psychologie I

Theorie und Praxis
3., überarbeitete und erweiterte Auflage, 1975. 756 Seiten, gebunden 86 Fr.

In diesem ersten Band des zweibändigen Lehrbuchs befassen sich 30 Autoren in 25 Kapiteln mit folgenden Gebieten: Klinische Soziologie und Sozialpsychologie, Psychodiagnostik im klinischen Bereich, Psychische Behandlungsmethoden.

Verlag Hans Huber

«Fluchtgefahr» – ein Anti-Kriminalfilm

Wie einer zum Verbrecher wird und Verbrecher bleibt

Am 24. Februar fand in der Strafanstalt Basel vor Pressevertretern die Erstaufführung des Films «Fluchtgefahr» von Markus Imhoof statt – in jenem Gefängnis also, das mit seinen Insassen als Kulisse der meisten Filmszenen gedient hatte. Die Pressevertreter erhielten anlässlich einer Führung durch die Strafanstalt und einer Podiumsdiskussion mit Fachleuten Gelegenheit, sich vom Strafvollzug ein – notgedrungen oberflächliches – Bild zu machen. Doch was man bei Rundgängen nicht sieht und in Diskussionen nicht hört, zeigt der Film: die Realität des Strafvollzugs in geschlossenen Gefängnissen.

Martin Killias

Der Film zeigt die Geschichte des 23jährigen Bruno Kuhn (dargestellt von *Wolfram Berger*). Lappalien brachten Bruno vor sechs Jahren zum erstenmal mit der Justiz in Kontakt: eine Standblattfälschung im Jungschützenkurs und eine «Töffli-Geschichte». Sie führten dazu, dass Bruno nicht, wie er es sich gewünscht hätte, Automechaniker werden konnte. – Zur Vorgeschichte gehört weiter eine Vorstrafe nach der Rekrutenschule.

In diesem Beitrag wird der Film «Fluchtgefahr» aus eher kriminologischer Sicht beleuchtet. Der Verfasser ist Jurist und befasst sich seit längerer Zeit mit Kriminologie und den Problemen des Strafvollzugs. In einem späteren Zeitpunkt werden wir voraussichtlich noch auf einige filmische Belange zu sprechen kommen. Zurzeit läuft der Film in Basel und Bern an, im April auch in Luzern. Zürich wird noch einige Zeit darauf warten müssen.

Durch Kleinigkeiten in die Justizmühle

Wieder sind es eigentlich Lappalien, durch die Bruno in die Fänge der Justiz gerät. Er arbeitet in einer Autogarage, nicht als Mechaniker, sondern als Tankwart und Autowascher, zuunterst in der Hackordnung* des Betriebs also. Eines Tages benützt er eine günstige Gelegenheit zu einer Spritzfahrt. Der Wagen hat eine Panne, Bruno versteckt ihn – aus Angst vor der unvermeidlichen Auseinandersetzung – am Waldrand und macht sich aus dem Staub.

Ohne Geld in der Tasche steht er in einer kalten Regennacht. Mehr aus dem Bedürfnis nach warmer Geborgenheit als in «Bereicherungsabsicht» (so Art. 137 StGB) bricht er in eine Villa ein, «plündert» den Kühlschrank, breitet die Kleider zum Trocknen aus und legt sich auf dem Sofa schlafen – nicht aus Frechheit, sondern so, wie man vor einem unvermeidlichen Ende die Augen verschliesst. Es dauert nicht lange, bis seine Ruhe durch zwei Landjäger mit Hunden gestört wird.

Nicht unfreundlich, aber mit dem unüberhörbaren Unterton «Du gehörst auch zu denen» wird Bruno von der Justiz aufgenommen. Da läuft alles mit dem Zynismus der Routine: Fingerabdrücke, Polizeiphoto von drei Seiten, Körpermasse – die Frage nach dem Warum ist schon gar nicht vorgesehen. Nach dem gleichen Schema verläuft das Verhör: es geht nur darum, möglichst viele pendente Fälle vom Tisch zu haben – Motive interessieren nicht.

Die Wertordnung im Gefängnis will Helden

Als kleiner Fisch, den niemand ernst nimmt und über den nicht einmal die Zeitungen berichten, kommt Bruno vom Untersuchungsgefängnis in die Strafanstalt. Hier lebt er wieder einmal zuunterst in der Hackordnung. Die Kontakte zu seiner früheren Umgebung sind zerbrochen. Der Vater (Bahnarbeiter) hat ihm das Haus verboten, die Freundin will nichts mehr von ihm wissen. Er spürt, wie die Normalität für ihn in unerreichbare Ferne gerückt ist.

So bleibt ihm nichts, als sich seiner neuen Welt anzupassen. In dieser Welt herrschen dieselben Bräuche wie draussen im kriminellen Milieu: was zählt, ist Männlichkeit in härtester Form. Wer diesem Leitbild nicht zu entsprechen vermag, wie der homosexuelle Coiffeur oder der «Baby-Figger», hat es schwer.

Bruno gibt sich alle Mühe, den herrschenden Massstäben gerecht zu werden. Er beginnt, bei den kriminellen Protzereien seiner Kameraden mitzuhalten, und beim nächsten Verhör gibt er jenen Überfall auf den kleinen Bahnhof zu, dessen er verdächtigt worden war, den er aber gar nicht begangen hat. Bei der Rekonstruktion des Tathergangs spielt er glaubhaft (und mit sichtlichem Stolz) die Rolle des gefährlichen Räubers. So wird der «Fall Kuhn» plötzlich interessant, und innerhalb seiner Gefängniswelt erfährt Bruno die gebührende Aufwertung.

Nun darf auch er beim Schwarzhandel mithalten, man lacht Beifall, wenn er Schabernack treibt, und sogar die aufblasbare Gummi-Marie darf er beim Zuhälter (gegen Zigaretten, das Knastzahlungsmittel) für eine Nacht mieten. (Anschaulicher könnte man das Sexualproblem der Gefangenen nicht darstellen!) Winarski *(Matthias Habich)*, der «starke Mann» im Knast, dem alle Respekt schulden, weiht ihn in seine Fluchtpläne ein und ist bereit, mit ihm zusammen auszubrechen.

Doch schliesslich kommt Brunos Hochstapelei ans Licht, und er ist wieder der kleine Fisch, über den alle lachen. Winarski will von gemeinsamer Flucht nichts mehr wissen. Doch Bruno identifiziert sich nun erst recht mit seiner Rolle als Krimineller, auch wenn ihn die anderen nicht akzeptieren. In trotziger Verschlossenheit entwickelt er Abwehrkräfte.

Flucht ohne Ausweg

Ein erster Fluchtversuch Winarskis misslingt. Die Aufseher sind noch nicht dahintergekommen. In dieser Lage ist Winarski für die Mitgefangenen erpressbar. Auch Bruno sieht nun seine Chance kommen. So entschliesst sich Winarski zur gefährlicheren Variante seiner Fluchtpläne: zusammen mit Bruno am hellen Tage während der Arbeit mit dem Hubstapler an die Gefängnismauer und mit einem riskanten Sprung hinüber in die Freiheit. Die improvisierte Flucht gelingt. Mit einem gestohlenen Auto gelangen sie zu einem Gerätewagen im Wald. Dort kleiden sie sich ein und verbrennen ihre Anstaltskleider.

Im Gerätewagen finden sie Sprengstoff. Winarski weiss auch bereits eine Verwendung dafür. Bruno jedoch will bei Winarskis Coup nicht mitmachen. Irgendwie möchte er mit der wiedergewonnenen Freiheit etwas anderes anfangen. Aber was?

Wie wenig Wahlfreiheit er tatsächlich hat, realisiert er, als Winarski ihn, den Zauderer, einfach sitzenlässt und mit dem gestohlenen Auto davonfährt. Aus dem Gerätewagen holt Bruno ein Mofa, und weil ihm nichts anderes einfällt, fährt er nach Hause. Doch bei Kuhns ist die Wohnung verschlossen.

Trotzig geht er wieder fort, um die ihm zugedachte Rolle des Kriminellen zu Ende zu spielen. Mit dem Sprengstoff vom Gerätewagen geht er zur nahen Bahnstation, um seinen grossen Coup zu landen. Doch sprengt er den Kassenschrank so gründlich, dass das Geld in kleinen und kleinsten Fetzen davonfliegt.

Von Panik ergriffen, macht sich Bruno aus dem Staub. Im letzten Bild fährt er auf dem Mofa in den dämmernden Morgen hinaus – nach nirgendwo. Das Ende ist klar: in spätestens zwei Tagen wird Bruno ins Gefängnis zurückkehren – als respektablerer Fisch diesmal.

«Fluchtgefahr» als Lehrstück

Imhoofs Film ist ein Lehrstück, das die heute vorherrschenden Theorien zur Kriminalisierung bestens illustriert. Namentlich zu zwei theoretischen Ansätzen liefert der Film ausgezeichnetes Anschauungsmaterial:

- *Die Kriminalisierung wird als Lernprozess begriffen, der sich in Intimgruppen (zum Beispiel bei den Insassen einer Anstalt) abspielt und in welchem dem Neuling ausser technischen Fertigkeiten zur Begehung von Delikten auch die entsprechenden Einstellungen, Motive und Rationalisierungen vermittelt werden* (Theorie der *differentiellen Assoziation*). Diesen Prozess illustriert besonders die allmähliche Eingliederung Brunos in die Gefangenensubkultur, welcher er sich nicht nur äusserlich anpasst, sondern von welcher er auch die entscheidenden Wertvorstellungen (zuoberst in der Hierarchie steht, wer das waghalsigste Delikt begangen hat) übernimmt.
- *Derjenige wird zum Kriminellen, den seine Umwelt als solchen ansieht und entsprechend behandelt (Rollentheorie* und *«labeling approach»*, und zwar insofern, als diese Theorien die Kriminalisierung als Prozess einer Rollenzuschreibung erklären). Bruno erlebt diese Rollenzuschreibung, wenn ihm sein Vater das Haus verbietet, wenn seine Freundin mit ihm bricht oder wenn die Anstaltsbesucher, an denen er zufällig vorbeigeführt wird, mit ängstlichen Blikken vor ihm zurückweichen. Am stärksten aber spielt sich der Kriminalisierungsprozess im Kontakt mit der Justiz, der Polizei wie den Aufsehern im Gefängnis, ab.

Dabei werden die Polizisten und Aufseher im Film nicht als Idioten oder als sadistische Charakterschweine gezeichnet. Vielmehr sind sie als Gefangene eines Systems dargestellt, das auch sie *zur Anpassung an ein vorgegebenes Rollenschema zwingt*. Es ist ihre *Unteroffiziersrolle*, die von ihnen ein ganz spezifisches Verhalten gegenüber den Gefangenen wie auch gegenüber ihren Kollegen und Vorgesetzten verlangt. Echte zwischenmenschliche Kommunikation lässt dieses System nicht zu.

Sehr treffend gezeichnet sind auch die Personen, die ausserhalb dieses Systems stehen und die aus der Distanz, die sie von der Anstaltswirklichkeit trennt, scheinbar grosszügig (Psychiater: «Sie können ruhig offen mit mir sein, ich mache das schon lange genug . . .») oder aber moralisierend-herablassend (Untersuchungsrichter: «Wänns Gwüsse halt emal abgstumpft isch . . .») auftreten können – also humanistische Phrasendrescherei als Vorrecht der Aussenstehenden.

Ratlose Diskussionsrunde

Imhoofs schonungslose Analyse des Strafvollzugs wurde bei der anschliessend an die Uraufführung durchgeführten Podiumsdiskussion (Teilnehmer: Markus Imhoof, Politiker, Experten und Praktiker des Strafvollzugs, zwei Gefangene) im wesentlichen bestätigt. Vor allem kam in Voten sowohl der Insassen als auch der Experten zum Ausdruck, dass der «Fall» des jungen Bruno Kuhn durchaus typisch für viele andere Gefangene ist. Markus Imhoof hat bewusst darauf verzichtet, die (wohl dramatischere) Geschichte eines hartgesottenen Verbrechers darzustellen; eines der Hauptziele des Films sei es gerade, das von *Zimmermann («Aktenzeichen XY») der Öffentlichkeit vermittelte Bild des gefährlichen Kriminellen mit der «blöden» Wirklichkeit der kleinen Fische zu konfrontieren und dadurch zu zerstören; insofern sei «Fluchtgefahr» ein Antikriminalfilm.*

Das negative Image des Gefangenen, der von der Öffentlichkeit weitgehend als einer angesehen wird, der sich alles selbst zuzuschreiben hat, ist nach Ansicht von *Professor Stratenwerth* einer der Hauptgründe für die offenkundige Vernachlässigung des Strafvollzugs (Rückfälligkeit: 60–80%) bei der Festlegung der Prioritäten innerhalb der Staatsaufgaben. Da Reformen immer Geld kosten, sei eine Besserung der Verhältnisse langfristig nur zu erwarten, wenn die Bereitschaft der Öffentlichkeit, Mittel für diese Aufgabe einzusetzen, zunehme.

Bruno wird polizeilich photographiert und registriert.

«In der Summe des Unnötigen entlarvt sich das Wesentliche» (Imhoof über «Fluchtgefahr»).

Die Aussichten für eine solche Änderung sind nicht eben gut, denn die Straffälligen sind eine kleine, machtlose Minderheit, deren Stellenwert im politischen Willensbildungsprozess gleich Null ist. Welcher Politiker, welche Partei exponiert sich schon gerne auf einem Gebiet, wo es kaum Stimmen zu gewinnen, aber viele zu verlieren gibt?

Mit dem Hinweis auf die reformunwillige Öffentlichkeit waren denn auch die Politiker schnell zur Hand, als es galt, die Mängel des Strafvollzugs zu entschuldigen. Wieweit die bei solcher Gelegenheit bekundete Reformfreudigkeit der Behörden ernst gemeint oder nur Alibi ist, kann man als Aussenstehender kaum beurteilen. Wer die Auseinandersetzung um das Zürcher Jugendkriminalitätsgesetz mitverfolgt hat, wird solchen Beteuerungen eher mit Skepsis begegnen. Im übrigen nahm die Diskussion einen eher erstaunlichen Verlauf: obwohl der heutige Strafvollzug in «Fluchtgefahr» schonungslos kritisiert wird, vernahm man von seiten der Verantwortlichen keine empörten Entgegnungen, sondern höchstens Entschuldigungen für die – im allgemeinen unbestrittenen – Mängel. Darüber, wie die im Film aufgezeigten Strukturen verändert werden könnten, herrschte aber völlige Ratlosigkeit, hinter der auch sehr viel Resignation durchschimmerte.

Sexualität im Knast: Plastik statt Liebe. *Die aufblasbare Gummi-Marie wird von ihrem Zuhälter gegen drei Pakete Zigaretten «ausgemietet».*

* Als «Hackordnung» wird eine hierarchische Machtstruktur bezeichnet, in der genau festgelegt ist, wer wen «hackt», das heisst, wer wem Befehle und Rügen austeilt und wer sie von wem entgegenzunehmen hat. Zuoberst sitzt der, der alle hacken darf, aber selbst von niemandem angetastet wird; zuunterst sind die, welche von überall Püffe erhalten, aber ihrerseits keine austeilen dürfen.

De mortuis nil nisi bene

In den Todesanzeigen waren sie treusorgende Väter und liebende Mütter, ihr Leben war Pflichterfüllung und Dienst am Mitmenschen, und allesamt hat der Tod sie, wenn nicht plötzlich, so nach langem, mit vorbildlicher Geduld ertragenem schwerem Leiden dahingerafft. Auch in den Nekrologen ist, so es welche gibt, meist von Hingabe, Verdienst und unermüdlichem Einsatz die Rede. Davon, dass sie ihre Kinder vernachlässigt, ihre Mitmenschen drangsaliert, ihre Untergebenen ausgebeutet haben und in ihren letzten Lebenstagen vielleicht zum Schrecken des Pflegepersonals und der Angehörigen geworden sind, davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Denn wie schon die Lateiner sagten: De mortuis nil nisi bene – den Toten soll man nichts Böses nachsagen.

Dagegen ist, was Todesanzeigen und Nekrologe betrifft, gewiss nicht allzu viel einzuwenden. Wozu den Toten kränken, wo er sich doch nicht mehr wehren und schon gar nicht mehr bessern kann. Aber wenn nun diese pietätvolle Lobhudelei auch noch in biographische Nachschlagewerke hineingetragen wird, die doch den Anspruch erheben, auf Jahre hinaus Gültigkeit zu haben, wird das Prinzip doch etwas fragwürdig.

Was konkret gemeint ist? Da gibt es in Basel eine Redaktion, die ein *«Biographisches Lexikon verstorbener Schweizer»* herausgibt; in Vorbereitung ist derzeit der 7. Band. *«Aufgenommen werden»*, so die Ankündigung des Verlags, *«verstorbene Schweizer, die sich auf irgendeinem Gebiet menschlichen Schaffens ausgezeichnet haben und nicht einfach der Vergessenheit anheimfallen sollen.»* Und weiter: *«Das Biographische Lexikon verzeichnet neben Menschenfreunden, die sich für das allgemeine Wohl eingesetzt haben, sowohl Köpfe der Wissenschaft, der Industrie, der Erziehung, der Politik und Kunst als auch die stillen, jedoch nicht weniger bedeutsamen Hüter und Mehrer unserer kulturellen Werte, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden haben.»*

Wenn Sie nun also einen solchen «Hüter und Mehrer» in der Familie haben und dieser das Zeitliche gesegnet hat, kann es passieren, dass Sie eines Tages einen vorgedruckten Brief bekommen, in dem Sie auf das Bestehen dieses bedeutenden Werks hingewiesen werden und in dem es heisst: *«Wir zweifeln nicht daran, dass auch Sie Ihrem verehrten verstorbenen Angehörigen . . .* (hier folgt der Name nebst allfälligen Titeln) *dieses unvergängliche literarische Denkmal setzen möchten und damit gleichzeitig beitragen, das Biographische Lexikon zu einer möglichst lückenlosen Dokumentation zu gestalten.»* Und damit auch kein Zweifel darüber aufzukommen vermag, in wie guter Gesellschaft sich der liebe Verstorbene befinden wird, erhalten Sie eine Liste der in Band 6 *«erfolgten u. a. Würdigungen (Darstellungen)»*, die sich in der Tat sehen lassen kann. Da gibt es Divisionäre und Korpskommandanten, Hoteliers und Bundesräte, Professoren selbstverständlich und ferner jede Menge Direktoren und Fabrikanten. Die volle Seite à 3000 Buchstaben mit Bild zu 385 Fr., die halbe Seite à 1000 Buchstaben zu 250 Fr., Leineneinband und Goldprägung inbegriffen.

Wer möchte solche Ehren seinem lieben Verstorbenen vorenthalten, zumal versichert wird, dass die Bände nebst Hochschulen und staatlichen Bibliotheken auch zu Tausenden die Privatbibliotheken der Nachkommen zieren? Nein, da sollten wir grosszügig sein. Was sind schon lächerliche 250 oder 385 Franken im Zeichen zunehmender Teuerung und in Anbetracht des Ewigkeitswertes einer solchen Publikation! Und getrost: der liebe Verstorbene braucht nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden zu haben, o nein, so anspruchsvoll wollen wir nicht sein, er braucht nicht Corbusier oder Jaspers, nicht Giacometti oder Amiet geheissen zu haben, er kann auch im stillen . . . Irgend etwas wird er ja wohl getan, irgend etwas wird er doch gehütet oder gemehrt haben – und sei es nur das eigene Geld. Denken Sie gut nach, dann fällt Ihnen schon was ein: die kleine Fabrik, bedeutsam für den Ort, den sie beherrscht hat, der militärische Rang, der zum Befehlen verlockte, das Hotel, klein, aber fein, im Dienste zahlungswilliger Gäste. Das reicht schon, um in die erlauchte Gesellschaft verstorbener Bundesräte und militärischer Würdenträger, bedeutender Künstler und renditebewusster Generaldirektoren aufgenommen zu werden. Und damit's ja nicht schiefgeht, liegt dem verlockenden Angebot auch eine vorgedruckte und vorfrankierte Antwortkarte bei mit der Rubrik: *«Hiermit gebe ich Ihnen nachstehende Angaben bekannt . . .»* Am besten, wir füllen sie bei Lebzeiten schon aus und hinterlegen sie, zusammen mit dem Testament, beim Rechtsanwalt – Teuerungsrate nicht vergessen! –, so gehen wir am sichersten, dass nach unserem Ableben auch wirklich nichts Nachteiliges über uns bekannt wird, wobei wir erst noch in den erhabenen Genuss kommen, der – wer wollte es bestreiten? – mit der Lektüre des eigenen Nachrufs verbunden ist.

Klara Obermüller

Studium abgeschlossen? Ein Jahr im Praktikum? Aber «das konzept» wollen Sie doch nicht vermissen! Sie finden einen Abonniertalon in dieser Nummer.

GE·PRESS·T

planung/umwelt

□ Bei rund 70% von 600 untersuchten Taxifahrern, Tram- und Bus-Chauffeuren in Wien wurde ein *gesundheitsschädigender Bleigehalt im Blut* festgestellt.

□ Laut Ergebnissen der Volkszählung 1960 (neuere Angaben liegen noch nicht vor) waren in der Schweiz Eigentumswohnungen mit durchschnittlich 0,77 Personen pro Raum belegt, Mietwohnungen mit 0,93 und Genossenschaftswohnungen mit 1,01. Am engsten wohnen Arbeiter mit 1,03 Personen/Raum, am angenehmsten die Selbständigerwerbenden mit 0,59.

□ Der Berner Grosse Rat hat den Regierungsrat beauftragt, eine Standesinitiative zur *Besteuerung von Zweitwohnungen* auszuarbeiten. Damit sollen die hohen Infrastrukturen gedeckt werden, die den Berggemeinden aus den Weekend- und Ferienhäuschen entstehen.

□ Gehörten 1960 noch 73,4% der 1,58 Mio. besetzten Wohnungen der Schweiz *Privatpersonen*, so waren es 1970 nur noch 67,9% von insgesamt 2,05 Mio.

□ Das Einkaufszentrum *Tivoli* in Spreitenbach AG schuldet der Gemeinde 700 000 Franken und hat Handwerkerrechnungen in der Höhe von 23 Mio. Franken noch nicht bezahlt. Die Gemeinde hat vom Einkaufsgiganten, der direkt neben dem Shopping-Center Spreitenbach steht, überhaupt nichts, meinen die Kritiker.

Aufgespiesst . . .

Zimmer

Zu vermieten in Dübendorf

8 Zimmer

(à 4 Pers.), möbliert, geeignet für Fremdarbeiter oder Studenten etc. Hochgelegenheit, fl Warm- und Kaltwasser, Duschen etc. Wäsche und Zimmerreinigung inbegriffen.

Auskunft erteilt Tel. (01) [redacted] CO225

treff punkt FLOHMARKT

Zum Inserieren einfach Talon ausfüllen (maximal 8 Zeilen) und einsenden an MOSSE-Annoncen AG, Postfach, 8023 Zürich, und Betrag (Kontaktinserat inkl. Chiffregebühr: Fr. 15.–, Kleininserat: Fr. 12.–) auf Postscheckkonto 80–1027, Mosse AG, 8023 Zürich, einzahlen, mit Vermerk «Kontaktinserat ‹das konzept› » bzw. «Kleininserat ‹das konzept› » auf der Rückseite vom Abschnitt des Einzahlungsscheins. Falls Platz nicht genügt, weiteren Talon ausfüllen und doppelten Betrag einzahlen. Ihr Inserat erscheint nach Ueberweisung des Betrages. Auf Kontaktinserate eingehende Briefe werden wöchentlich per Post zugestellt. Diskretion zugesichert. Unter dieser Rubrik werden keine kommerziellen Inserate angenommen.

Text (der angegebene Rahmen darf nicht überschritten werden):

Kontaktinserat* (Fr. 15.–) Kleininserat* (Fr. 12.–) *Nichtzutr. streichen

Name und Adresse:

Ihre Dissertation usw. schreibe ich druckfertig mit einer IBM-Kugelkopf (div. Schriften) zu günstigsten Preisen. Marcel Keller, Bachstr. 4, 8134 Adliswil. Tel. (01) 91 92 32 (18–21 Uhr).

Wir sind eine kleine, politische Gruppe. Zeigen Ihnen einen andern Weg als Kommunismus oder Kapitalismus. Wir haben Vorschläge zu Schulreform, Bodenreform, Inflation. Schreiben Sie uns. Chiffre 8357, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Wer hilft mit beim Aufbau von sozialistischen Wohngemeinschaften im Raume Bern? Unsere Arbeitsgemeinschaft Kollektives Wohnen (AKOWO) ist eine Selbsthilfeorganisation, in der man sich kennen lernen und gemeinsam Aktivitäten entwickeln soll. Wohngemeinschaften sollen unserer Meinung nach dort leben, wo auch der Grossteil der Bevölkerung leben muss. Interessenten wenden sich bitte an **E. Wildberger, Mädergutstr. 57A12, 3018 Bern.**

treff punkt

Student, cand. phil. I, 25/178, **vorfrühlingstraurig,** da wohl innerlich ein wenig wurmstichig, sucht Freund mit Mut zur eigenen Nuance, um mit ihm das Wunder der Unbefangenheit neu zu entdecken. Bildzuschriften beantwortet Chiffre 8188, Mosse-Annoncen 8023 Zürich.

Gleichberechtigung/ökologisch-politische alternative Lebensform in Praxis umsetzen/Konsumverweigerung/Klassenkampf/zen/sarte/fromm/illich usw. 27jährig, komischer, aktiver Vieles-selbermach-Kauz, sucht gleichgesinntes weibl. Wesen zum gemeinsamen (psych. und phys. Über-) Leben und Kampf gegen den Wahnsinn dieser Gesellschaft. Chiffre 8187, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Natw. Zürich–Ostschweiz 42/175, mit interessantem Geschäft, sucht Partnerin für Leben, Wohnen (Landhaus), evtl. Mitarbeit, vielseitig, gross, schlank, jung, sexy, modisch, attraktiv, selbstbewusst, reiselustig und vital. Am liebsten langes, gerades Haar. Hobbies vom Wandern, Fliegen, Photographieren, Skis, bis zum Balgen, Beat und Wohnkultur. Bitte Bildzuschriften an Chiffre 8355, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zwei lüsterne Männer suchen geile Frauen (ab 18 Jahren) für **Spiele in einsamem Bauernhaus** in der Umgebung Berns. Gratis Alkoholdienst. Erlebt mit uns einmalige, romantische Tage. Nur ernsthafte Interessentinnen ohne störende Schamgefühle melden sich (auch einzeln) mit Foto bei Chiffre 8139, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH–AG, Ich (Student 25/182) suche ein nettes Mädchen, das wie ich den **einsamen Stunden** entfliehen möchte. Geniessen wir das Leben zusammen! Vielleicht werden wir Freunde. Chiffre 8129, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Gutaussehender Boy **mit grosser sexueller** Phantasie sucht junge offene Partnerin zum Mitteilen von intimen Erlebnissen auf Tonband. Bei Zuneigung späterer Kontakt nicht ausgeschlossen. Chiffre 8140, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

FR–BE, Student sucht sensiblen Freund zum Aufbau einer **ehrlichen Freundschaft.** Jede Zuschrift mit Foto wird gleich beantwortet. Chiffre 7905, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

If you are a **cultured gentleman** from Africa, Middle East or Asia who would like to meet attractive Swiss Lady with life-experience then apply to Chiffre 8067, adding Photo, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

BE: Student (25/174), schlank, lockiges Haar, blaue Augen, gutauss., sucht attraktives, **interessantes Mädchen,** das sich nach einem Hauch von Zärtlichkeit sehnt wie ich. Bildzuschrift unter Chiffre 8149, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Boy, 22, sucht gutaussehenden, diskreten, gepflegten **Freund,** 18–25 (Hautfarbe egal) für Freizeit und Ferien. Bildzuschriften unter Chiffre 8148, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich

Sensible, hübsche Studentin (178) wünscht intelligenten, **feinfühlenden Partner** (26–32). Bist Du an Fragen unserer Zeit interessiert, liegt Dir der humanistische Gedanke nahe, und denkst Du an eine ernsthafte partnerschaftliche Beziehung? Deine Bildzuschrift erreicht mich unter Chiffre 8147, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Brit. Staatsangehöriger sucht CH-Partnerin für **«Marriage of Convenience»,** vielleicht hilft auch Dir dies freien Einzug zu Deiner Liebsten. Aufgeschlossener Kontakt erwünscht. Chiffre 8162, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich

BE: Student (23, 188) sucht gleichgesinnten, sportlichen, gutaussehenden, sensiblen Freund (18 bis 21), für **gelegentliches Beisammensein.** Beantworte diskret jede Bildzuschrift. Chiffre 8189, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, sehr verträumt, verspielt, aber lebensfähig, sucht eine sehr liebe, sehr hübsche junge Freundin **zur Erforschung** eines neuen Planeten. Kurzer Brief (Bild?) genügt. Chiffre 8185, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

A bit of Orient for you. Bin Inder und suche in Zürich oder Umgebung eine Freundin. Beantworte alle Briefe. Deutsch, Englisch und Französisch. Chiffre 8186, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern, Manager, **Jaguar-Fan,** 28 Jahre alt, einfach, sportlich, unternehmungslustig, suche jüngeren Freund für Sex, Verbringen einiger Wochenende und Ferien. Schreibe mit Photo, Deine Zeilen werden prompt beantwortet. Chiffre 8184, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bern: Student (25/174/65) sucht jungen, schlanken und **aufgeschlossenen Freund** zum Verbringen der Freizeit. Bildzuschriften werden garantiert beantwortet. Chiffre 8197, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Lausanne und Umgebung: Student, 21, gross, schlank, von angeblich sehr ansprechendem Äusseren, sucht **französischsprachigen Freund,** der zudem nicht auf den Kopf gefallen ist. Chiffre 8177, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Student, 24 J., Raum Bern, sucht **feinfühlende Eva,** 18–30 J., die ihn in die Kunst der Liebe einführt, sonstige Interessen: klassische Musik, Theater etc. Bildzuschriften an Chiffre 8178, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Zürich: Schlanker, sportlicher, **feinfühlender Akademiker** (34) sucht zuverlässigen, gepflegten, unkomplizierten und liebenswürdigen Freund (bis 35, schlank). Bitte Antwort mit Foto. Chiffre 8345, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

ZH Student 23/182; welche erfahrene, **sinnliche Sie** (18–40) möchte mich in die Kunst der Liebe einführen? Bildzuschriften bitte unter Chiffre 8331, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Der Mensch in den **Gegenwartsproblemen,** ist Dir ein Anliegen. Du (178–190 cm, 26–32 Jahre) bist lieb, charmant, u. wünschst Dir eine ernsthafte Partnerschaft mit einer ebensolchen (163, 28, schlank) Studentin. Chiffre 8279, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich

Basler (29 Jahre, gross) sucht Freund. Chiffre 8358, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Bin Student, 24 Jahre alt – und bis über die Ohren verklemmt. Welche **erfahrene, einfühlsame Frau** befreit mich aus der ungemütlichen Lage? Chiffre 8356, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Rm.BS: Mit welcher attraktiven, rassigen Eva (ca. 18–40) kann gut aussehender, **sehr sinnlicher Student** (27/173/65), verlobt, tagsüber Verpasstes nachholen, d. h. sich sexuell austoben. Chiffre 8280, Mosse-Annoncen AG, 8032 Zürich.

Boy, 25/180, freischaffend, kurzhaarig, intelligent und offen, sucht sensiblen, **kulturell sowie politisch** interessierten Freund. Alles weitere mündlich. Zuschriften an Chiffre 8332, Mosse-Annoncen AG, 8023 Zürich.

Spots

Wer geglaubt hat, medizinische Versuche an Menschen seien einzig in Europa während des Faschismus geschehen, muss eines Besseren belehrt werden: Unlängst hat ein amerikanisches Gericht einen Vergleich bekanntgegeben, wonach den 600 Personen, an denen während 1932 bis 1972 die Auswirkungen der Syphilis studiert wurden, je «15 000 $ gezahlt werden müssen. Was aber viel stärker als dieses Trostpflaster ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, dass den 600 ausschliesslich Schwarzen ihr Zustand verheimlicht worden war und sie auch keine Behandlung der Syphilis erhielten!

*

«Sehr geehrter Herr, die schlechte Rentabilität unseres Betriebes, die unsichere Lage in unserem Gewerbe sowie die düsteren Prognosen für die Zukunft zwingen uns leider, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen per 30. November 1974 aufzukündigen.» So weit ist dieser Brief zurzeit keine Sensation, zu viele davon werden verschickt. Dieser spezielle aber geht weiter: «Wir sind bereit, Sie in vertraglosem Zustand im Stundenlohn von 12 Franken weiterzubeschäftigen. Die Voraussetzungen hierzu sind jedoch:
- *maximaler Einsatz,*
- *pünktliche Einhaltung der Arbeitszeit,*
- *kein Ausschuss,*
- *keine Kundenreklamationen,*
- *keine Schwatzereien,*
- *bessere Ordnung in der Werkstatt, sorgfältigerer Umgang mit dem Werkzeug,*
- *straffere Erziehung des Lehrlings.*

Mit freundlichen . . .»

*

Revolution im Alleingang? Ein Angestellter der Georg Fischer AG hat mit sechs Schüssen auf seinen Chef geschossen. Wie auch immer die Umstände im Detail gewesen sein mögen, die Tat macht deutlich, in welchem Spannungsverhältnis der Arbeiter zu seinen Bewachern steht. Eine Spannung, die im Kollektiv Welten ändern kann.

*

Die der Migros nahestehende Landesring-Zeitung «Die Tat» schreibt zur Eröffnung des Zürcher Einkaufsbabels «Glatt» («Glatt für alli» – nur nicht für die Anwohner der Zufahrtsstrassen!): «Als am Donnerstagmorgen um neun Uhr das neue Einkaufszentrum Glatt seine Tore öffnete, warteten die Massen schon ungeduldig im Freien. Per Auto, zu Fuss und mit dem öffentlichen Verkehrsmittel waren sie gekommen, um die prickelnde Atmosphäre der ersten Stunden mitzugeniessen. Gegen elf Uhr herrschte schon ein eigentliches Gedränge, denn die preisbewussten Hausfrauen und Käufer wollten von den vielseitigen Eröffnungsangeboten profitieren.» Für die Eröffnung eines Konsum-Elysiums wird eben von den Schreiberlingen des «sozialen Kapitals» auch ein entsprechend begeisterter und feierlicher Ton verlangt. «Es begab sich aber zu der Zeit . . .», wurde nur weggelassen, um eventuelle Vorwürfe des Plagiats abzuwenden.

*

«Mangelndes Feuerbewusstsein!» – Ein Werbespruch der Feuerwehr? Oder einer für Feuerzeuge, Zündhölzer? Weit gefehlt. Mangelndes Feuerbewusstsein haben Sie alle, meine Herren, soweit sie dienstpflichtig sind. Was Divisionär F. Seethaler anvisiert, ist das mangelnde Bewusstsein dessen, dass «die Verteidigung durch die Feuerwalze in nachfolgenden Wellen überrannt und der Gegner vernichtet wird» (sic!). Dass Sie also daran nicht jederzeit denken! Nicht davon träumen! Bei der Arbeit, in der Freizeit, im Bett! – Wie er, der Divisionär!

*

«Nicht alle Länder haben die Wahl zwischen Demokratie und Diktatur. In Chile gab es zu jenem Moment keine andere Wahl als zwischen Kommunismus, der bereits begann, Christen zu verfolgen und einer Militärdiktatur, die es wenigstens den Menschen frei lässt, den Zweck ihres Lebens zu erfüllen – sich für die Ewigkeit vorzubereiten und andere zum Glauben zu bringen.» Soweit der leidenschaftliche Antikommunisten-Pfarrer Richard Wurmbrand in seiner neuesten «Stimme der Märtyrer». Was Wurmbrand nicht sagt, ist dass bei 2200% Inflation, wie sie Chile im letzten Jahr gekannt hat, einem schon nicht mehr viel anderes übrigbleibt, als sich für die Ewigkeit vorzubereiten.

Neue Zürcher Zeitung

für Leute, die mitreden wollen

Sie sind Student und haben die Chance, später einmal in Führungspositionen zu kommen.

Sie werfen Ihren kritischen Blick auf die Welt, in der Sie leben, und bereiten sich darauf vor, von solchen Positionen aus die Zukunft mitzugestalten.

Dazu braucht es nicht nur Charakter und Fachkenntnisse, sondern auch Information über die Ereignisse und Probleme des Tages.

Die «NZZ» gilt – nach dem Urteil maßgebender ausländischer Kenner – als eine der besten Tageszeitungen überhaupt. Sie biete – so wird gesagt – mit einer Fülle an Stoff ein Optimum an Sachlichkeit.

Was nicht heißt, daß wir keine eigene Meinung haben. Doch sind wir gerade darin liberal, daß wir der Meinung der anderen auch Raum geben.

Sie werden sicherer mitreden und mitbestimmen können, wenn Sie sich ein verbilligtes Studentenabonnement auf die «NZZ» schenken lassen oder aus Selbstverdientem leisten. Sie erhalten zu relativ bescheidenem Preis ein Wissen ins Haus geliefert, das Bücherbände füllen könnte.

Wir geben Ihnen gerne die Möglichkeit, unser Blatt über längere Dauer kennenzulernen:

mit einer Gratislieferung während 3 Wochen oder mit einem um 30% verbilligten Studentenabonnement:

für 3 Mte. Fr. 19.95 (statt Fr. 28.50)
für 6 Mte. Fr. 37.10 (statt Fr. 53.—)
für 1 Jahr Fr. 71.40 (statt Fr. 102.—)

Werbeabteilung
Neue Zürcher Zeitung
Hauptpostfach, 8021 Zürich

Hier abtrennen

Z. St.

Coupon

Ich bitte Sie um unverbindliche Gratislieferung der «Neuen Zürcher Zeitung» während 3 Wochen

Ich bestelle ein Studentenabonnement auf die «NZZ»

für 3 Monate zu Fr. 19.95
für 6 Monate zu Fr. 37.10
für 1 Jahr zu Fr. 71.40

Nichtgewünschtes bitte streichen

Name und Vorname:

Adresse:

Postleitzahl / Ort:

Hochschule: Semester:

Coupon bitte einsenden an die Werbeabteilung der Neuen Zürcher Zeitung, Hauptpostfach, 8021 Zürich

Westafrika zwischen Feudalismus und Grüner Revolution

Die Macht des Dorfbonzen

In der Beurteilung der russischen Revolution scheiden sich die Geister an der Kulakenfrage: Welche Bedeutung kommt der plötzlichen und gewaltsamen Entmachtung der neureichen Bauern nach der Abkehr von der Neuen Ökonomischen Politik der frühen zwanziger Jahre zu? Für die bürgerlichen Beobachter war der Kulak der moderne landwirtschaftliche Unternehmer, der als Sündenbock für das völlige Versagen der frühsowjetischen Wirtschaftspolitik herhalten musste. Für den sozialistischen Politiker hingegen stand fest: Die russische Dorfgemeinde war durch die Revolutionswirren vollends aufgelöst worden und noch immer haltlos. Dadurch fiel es dem Kulaken leicht, die Grundlagen des Sozialismus auf dem Land und damit in Russland überhaupt zu zerstören. Seither steht in allen sozialistischen Revolutionen, die eng mit der Bauernfrage verknüpft sind, und das heisst in der dritten Welt schlechthin, die Kulakenfrage weit vorne auf der geschichtlichen Tagesordnung. Ich möchte die Gefährlichkeit des Kulaken an einem Einzelfall aus einer afrikanischen Gegend darstellen, die freilich noch keinerlei sozialistische Umwälzung durchgemacht hat: an dem Händler Alhadji Amara Gumaneh im Dorfe Koina im westafrikanischen Gambia.

Aldo Albert Benini

In *Koina* leben etwa 1500 Angehörige des aus Mali zugewanderten Serahuli-Stamms. Wie in vielen westafrikanischen Stammesgesellschaften finden wir hier eine Schichtung in Freigeborene, rituell gesonderte Handwerkerkasten und Sklaven. Dorfchef und islamischer Dorfgeistlicher sind frei geboren, der Ausrufer ist ein Lederarbeiter, der von der Regierung eingesetzte Flurwächter ein Sklave. Obwohl die Unterschiede zwischen ihnen beträchtlich sind, wird ihre gemeinsame Armut doch vom Gegensatz zum reichen Händler überschattet.

Der Verfasser, Student der Entwicklungssoziologie, hat elf Monate mit einem Entwicklungshelferteam in Gambia gelebt. Gambia ist ein westafrikanischer Mini-Staat, dessen von der englischen Kolonialherrschaft überlieferte Wirtschaftsstruktur durch die extreme Ausrichtung auf den Erdnussanbau und -export sowie durch die Vernachlässigung der Nahrungsmittelproduktion für den einheimischen Gebrauch gekennzeichnet ist. Mehrere Aufenthalte in einem Dorf, in dem die Gruppe ein grösseres Bewässerungsprojekt (Reis) betreute, verschafften dem Verfasser einen lebensnahen Einblick in die Klassenstruktur der westafrikanischen Bauernschaft. Hier wird eine ganz spezielle Erscheinung herausgegriffen, von der sich der unbeteiligte Europäer kaum eine Vorstellung machen kann: der Kulak, der reiche Bauer und Dorfbonze.

Jeden Morgen verlässt *Alhadji Amara Gumaneh* – der Ehrentitel *«Alhadji»* verrät den bestandenen Mekkapilger – im einzigen Wagen, den es im Dorf gibt, Koina, um seinen «Shop» im 8 km entfernten *Bezirkshauptort Fatoto* zu erreichen. Zurück bleiben seine Frauen und Kinder, die im Verband mit weiteren Unterfamilien seines riesigen Anwesens der harten bäuerlichen Arbeit nachgehen. Sie werden darin angetrieben – man hört die Schelte durchs ganze Dorf – vom ältesten Bruder Amaras, einem sauertöpfischen Koranlehrer, dem nach herkömmlichen Regeln der Abkunft und Vererbung das Anwesen (87 Leute) formell untersteht. Er, auf seinem täglich fünfmaligen Weg zur Moschee bestens informiert, hält Amara über das Dorfgeschehen auf dem laufenden.

Reich – einflussreich

Denn Amara ist Händler, Negotiant, ein Ruheloser, der vieles an vielen Orten zugleich und Besseres als Dorfklatsch zu tun hat. Trotzdem und gerade darum ist er im Dorfe überall gegenwärtig. Von den sorglos unregelmässig oder im Halbkreis angeordneten strohbedeckten Rundhütten, und, mehr und mehr auch, Wellblechhäusern der anderen 45 Gehöfte sticht sein mit der Strenge eines römischen Militärlagers rechteckig und weitmaschig erbautes Anwesen eigentümlich ab. In seiner Mitte gemahnt ein augenfälliges Gebäude, dessen Zweckbestimmung schwer zu erraten ist, an den Musikkiosk französischer Parks. Hier und nicht etwa, wie es sich geziemt, beim Dorfchef halten die Vertreter der Regierungsdienste: Amara ist reich genug, um sie zu bewirten.

Auf dem Weg von da zum Dorfchef gehen wir an der Moschee vorbei. Auf ihrer Ostseite, auf dem am höchsten geschätzten Wohngelände zwischen ihr und Mekka also, machen wir halt im bestausgestatteten Dorfladen. Die Krämerseele, die im Halbdunkel zwischen Kontor und Stoffetalage hingeräkelt an einer Kolanuss kaut, ist (raten!) niemand anderer als Amaras jüngerer Bruder. Wer Texaco-Petrol für seine Funzel, Aspirin gegen Schmerzen oder Rosenkränze fürs Seelenheil kauft, bezahlt mit Vorteil bar. Kredit wird nur wenigen gewährt, der Schuldner kann ihn auch nicht zurückzahlen, er muss ihn auf Amaras Feldern abarbeiten zu einem Tagessatz, der unterhalb des Marktlohns liegt. Die Proletarisierung des afrikanischen Bauern kommt zwar immer noch nur sehr schleichend, doch auf allerlei sinnigen Umwegen voran. Nicht zuletzt gehört dazu die Verteuerung und Verknappung der Frauen. Amara, für den jeder Brautpreis erschwinglich ist, der Koranlehrer und der Krämer nennen alle je vier Frauen ihr eigen, ein weiterer Bruder hat deren drei. Der Dorfchef hingegen hat sich an seiner zweiten Frau arm gezahlt, sie kostete ihn ungefähr den Erlös zweier Erdnussernten. Die Jungen und die ganz Armen haben vollends das Nachsehen.

Farbige Sklaven sortieren Erdnüsse
Auch Erdnussöl bringt Macht

Zwischen Wohltätigkeit . . .

Spät abends sitzen wir auf Matten im Hof eines Nachbaranwesens und plaudern mit einem Maurer aus Guinea. Er konstruiert im Auftrag und auf Rechnung Amaras ein einfaches Gebäude, in dem die Schwangerenbetreuung durch eine schwedische Rotkreuzschwester stattfinden soll. Amara versteht sich als Wohltäter, gewichtig meint der Maurer: *«C'est Amara qui fait faire cet hôpital.»* In kurzen Abständen wird es nun hell, von weit her huschen die Lichtkegel von Amaras Wagen die geflochtenen Zäune entlang. Für den Europäer, den die ungewohnte Ruhe des afrikanischen Dorfes bei längerem Aufenthalt schon etwas bedrückt, hat der Autolärm etwas Tröstliches. Für die Dörfler springt ab und zu eine unentgeltliche Mitfahrgelegenheit nach Fatoto heraus. Dort finden wir Krethi und Plethi, Kraut und Rüben in Amaras Laden. Senegalesen kaufen bei ihm, da sich der Schmuggel wegen der unterschiedlichen Zolltarife der beiden Länder lohnt. Wir Europäer sind froh, etwas Kühles aus seinem petroleumbetriebenen Eisschrank zu trinken. Mitunter weiss er uns durch einen Gratisdrink zu verpflichten.

Daneben wirkt er als Viehverkäufer. Der einzige fahrtaugliche Lastwagen im Bezirk ist sein. Ist der Postmeister abwesend, so nimmt er die Post für den Bezirk in Empfang. Des Englischen ein bisschen mächtig – viele Briefe sind ohnehin in arabischer Schrift gehalten –, erledigt er für Koina gleich einen Teil der Korrespondenz mit.

. . . und Korruption

Doch ist das alles nur die Spitze eines Eisbergs. Der Kulak wäre nicht so mächtig, fände er nicht im modernen politischen System genug Interessenpartner. Man findet ihn im Büro des obersten Beamten der Provinzregierung ebenso wie bei den Vorgesetzten des senegalesischen Grenzschutzes, wo er, anstelle des ohnmächtigen Dorfchefs, gegen die Belästigung von Frauen, die im senegalesisch-gambischen Niemandsland Sumpfreis anbauen, erfolgreich protestiert. Bei der Verteilung von Geschenkhirse – Gambia wird als Sahel-Notstandsgebiet klassifiziert – fallen für Koina 2 Sack pro Anwesen ab; vor aller Augen besticht Amara die Aufsichtsbeamten, die nun die Ration auf einen Sack kürzen und die gesparten 50 Säcke oder so für Amara irgendwohin verschieben. Die Dorfbewohner schimpfen wie die Rohrspatzen, doch unternimmt keiner etwas, in der richtigen Erkenntnis, dass er sich damit tiefer ins eigene Fleisch schneidet, solange Amara und die Dorfbehörden unter einer Decke stecken. Zum Trost lässt der Kulak dann am religiösen Kitimo-Fest einen Ochsen für alle schlachten.

Mit kaufmännischem Scharfsinn . . .

In die Angelegenheiten der von unserer Gruppe betreuten Reisbaugenossenschaft mischte er sich lange Zeit nie offen ein. Im Frühjahr 1974 geriet das Projekt in eine ernste Krise. Durch Pumpendefekt ging eine volle Ernte verloren, eine zweite konnte sich nur dank ausgiebigen Regenfällen halten. Aus strukturellen Gründen, die hier nicht erörtert werden können, haben es Bauerngemeinden ohnehin schwer, in geordneten Verfahren kurzfristig und verbindlich Entscheidungen zu erarbeiten. In der Verbitterung jedoch über das für teure Ersatzteile, die von unfähigen Monteuren verdorben wurden, unnütz ausgegebene Geld verliefen die Dorfversammlungen besonders turbulent, und über fällige Massnahmen konnte man sich nie einigen. Da trat Amara auf den Plan: er nahm, während die Dorfbewohner schwiegen, das Gespräch mit Vertretern des Landwirtschaftsdepartements völlig in seine Hand. Dabei bewies er guten kaufmännischen Scharfsinn und die Fähigkeit, das anstehende, recht komplexe Problem in mehrere Unterprobleme aufzugliedern und so entscheidbar zu machen. Wenig später eröffnete uns der Präsident der Reisbaugenossenschaft, er und Amara planten, eine grosse private Reisfarm zu errichten.

. . . zum Bündnispartner der reichen Länder!

Vielleicht werden in einigen Jahren Besucher Koinas, auf den Spuren der von ausländischen Entwicklungshelfern in oft mühsamer Gemeinwesenarbeit hochgepäppelten Reisfarm, feststellen, dass diese mittlerweile ebenfalls privatisiert wurde. Interessenten, die den Besitzer sprechen möchten, wollen bitte gleich am Dorfeingang, von Fatoto kommend, beim ersten Anwesen zur linken Hand nachfragen.

Europäer, die dem Entwicklungshilfegedanken wohlgesonnen sind, betonen gerne den Gegensatz zwischen städtischen Eliten und den armen ländlichen Massen in der dritten Welt. Das ist eine romantische Halbwahrheit. Ein Kenner armer Bauernschaften hat demgegenüber unlängst den Verdacht geäussert, dass mit zunehmender Schärfe des Welternährungsproblems auch für die kapitalistischen Industriegesellschaften die Kulaken der dritten Welt als direkt zu beeinflussende Bündnispartner interessant werden. Die sogenannte Grüne Revolution legt ähnliche Schlüsse nahe. Warum sollten *wir* hier nicht bald Koinas Reis essen?

echo

In dieser Spalte veröffentlicht «das konzept» Zuschriften von Lesern. Die Redaktion freut sich besonders auf kurze Stellungnahmen, da möglichst viele Einsender berücksichtigt werden sollen. Sie behält sich das Recht auf Auswahl und Kürzungen vor. Veröffentlichte Briefe geben nur die Auffassung ihres Verfassers wieder. Redaktionsadresse: Rämistrasse 66, 8001 Zürich, Schweiz.

Pressefreiheit

Leserbrief «Verschiedene Belästigungen» von W. M. in W., «das konzept» Nr. 2/75, Febr. 75

Willy Matzinger (Wallisellen) setzt sich in seinem Leserbrief mit unserer Untersuchung über schweizerische Presseprozesse (vgl. Januar-Nummer des «konzepts») auseinander. Er wirft uns vor, bewusst *«die Linke als Kläger und Knebler der Pressefreiheit»* auszuklammern. Wie so oft liegt Matzinger auch mit dieser Unterstellung völlig schief. Pressefreiheit beinhaltet nach dem gängigen Verständnis die *Freiheit vor staatlichen Eingriffen in die Meinungsäusserungsfreiheit.* Uns ging es darum, solche *staatlichen* Behinderungen zu dokumentieren. Etwas völlig anderes ist der *Schutz des Individuums* vor ungerechtfertigten Angriffen in den Medien. Wie wir ausdrücklich geschrieben haben, interessierten uns diese Fälle von Ehrverletzungsklagen nicht. Für uns versteht es sich von selbst, dass *der Persönlichkeitsschutz zu gewährleisten ist* – seien nun «Linke» oder «Rechte» von irreführenden Pressemeldungen betroffen. Sämtliche von Matzinger aufgezählten Fälle, die wir angeblich unterschlagen haben, betreffen den Persönlichkeitsschutz und nicht die Pressefreiheit als Freiheit vor staatlichen Massnahmen. Als lic. oec., der an einer publizistikwissenschaftlichen Dissertation arbeitet, sollte Matzinger dieser Unterschied eigentlich geläufig sein. *Arbeitsgruppe Medienkritik*

Suche gleichgesinnten Freund

Wenn der naive Leser im *«Treffpunkt»* über diese stereotype Wendung stolpert, fragt er notgedrungen nach der Gesinnung und Weltanschauung des Inserenten. Der gewitztere Leser kombiniert bald, dass hinter der Chiffre ein Schwuler steht. Sitzen nun die beiden Leser zusammen, so fragen sie sich folglich, was Schwule denn in ihrem Kopf so Gleiches sinnen – und schon sind diese «Gleichgesinnten» wieder einmal im gleichen Topf: Sie denken gleich, handeln gleich, fühlen gleich, lieben gleich; sie sind überhaupt gleich, das gleiche Pack. Und gleich sind sie mit dem Etikett «Homos» klassifiziert oder, wie moderne Soziologen – wie Dannecker und Reiche – sagen, stigmatisiert.

Also, liebe «Schwestern», gebraucht doch statt des übertragenen Ausdrucks gleich das eigentliche Wort! Beginnt eure Kontaktanzeige etwa mit dem Satz: *«Suche einen (nach freier Wahl:) invertierten, urningischen, kinädischen, homosexuellen, homophilen, homoerotischen, homotropen, androphilen, warmen, schwulen, halbseidenen, hinterladenden, spinatstechenden Freund.»*

Dann bekommt ihr einen Freund, mit dem ihr auch sinnlich kommunizieren könnt. *P. S., Basel*

Keine Geldverschwendung!

«Darf Kunst als Make-up dienen?». «das konzept» Nr. 11/74 November 1974

Es ist gut, dass sich in «das konzept» Studentengruppen zu den verschiedenen Problemen der schweizerischen Hochschulpolitik, die sie betreffen, äussern können. Wenn allerdings dieses Problembewusstsein und die damit verbundene politische Haltung zum einzigen Ziel haben, *Antikulturpolitik* zu treiben, finde ich dies fragwürdig und pubertär.

Die Abteilung Maschinenbau am Technikum beider Basel in Muttenz führt ihren studentenpolitischen Kampf gegen die Erstellung einer Plastik von Wilfrid Moser vor dem neuen Technikum. Die Studenten spielen die 100 000 Franken, die für diese Plastik eingesetzt sind, gegen die massive Erhöhung des Schulgeldes aus. Wenn sie die geringste Ahnung von finanzpolitischen Abwicklungen hätten, wüssten sie, dass – auch wenn die 100 000 Franken an der Plastik gekürzt werden – diese deshalb nicht einer Schulgeldkürzung zugute kämen. Sie sprechen von Geldverschwendung, die den Bürgern der Region zugemutet werde, fragen sich aber nicht, ob es nicht auch Geldverschwendung sei, wenn Parkplatzvergrösserungen gefordert werden, damit jeder mit seinem eigenen Auto anfahren kann.

Die Studenten von Muttenz schaden mit der Ablehnung der Plastik nicht einem einzelnen Künstler, sondern der ganzen Künstlerschaft in der Schweiz, die ohnehin einen schwierigen Stand hat. Da kämpfen die Künstler seit Jahren dafür, dass ihnen endlich 1% der Bausumme an öffentlichen Bauten für künstlerischen Schmuck gesetzlich zugestanden wird. Und da muss sich eine engdenkende Schüler- und Lehrerschaft ausgerechnet gegen diese existentiell wichtige Forderung einer Minderheit wenden. Wenn die Einwendungen wenigstens noch Hand und Fuss hätten. Aber was in der öffentlichen Diskussion mit dem Künstler gegen die Erstellung der Plastik eingewendet wurde, war zum Teil hanebüchen. Da hat einmal einer davon gelesen, dass der Künstler eine Plastik ähnlichen Ausmasses im Ausland aufgestellt hat, und schon schliesst er – übrigens ein Dozent – mit scharfer Logik und technischer Intelligenz, es könne nur ein Abguss derselben sein. Es braucht wohl weniger Gedanken und Überlegungen, selber einen Mondbrunnen – ein Projekt, das die Studenten nun gegen die durch die Jury gutgeheissene Plastik ausführen wollen – herzustellen, als sich zu überlegen, was dieser Fall kulturpolitisch bedeutet. Ein Kampf gegen eine Minorität ist immer ein besonderes Vergnügen!

Übrigens, was würden diese zukünftigen Techniker sagen, wenn zur Herstellung einer Maschine ein Gärtner beigezogen würde, der in seiner Freizeit mit einem Meccano bastelt, ihnen Konkurrenz machen oder gar die Stelle wegnehmen würde? *T. G. in Z.*

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Ihre Frage, lieber Herr *N. R.* in *Bern,* was ein grosser Männerklub wie der Ihre, der beinahe 200 Mitglieder umfasst, zum Jahr der Frau beitragen könne, erstaunt mich einigermassen. Ich könnte Ihnen zwar zweifellos einige Indikationen geben; diese werden Ihnen aber kaum weiterhelfen, da Sie die Frist zur Lösung dieses Problems nun verpasst haben.

*

Ihre Vorwürfe, Frau *S. B.-H.* in *V.,* an die Adresse *«verantwortungsloser» Bauunternehmer,* sie hätten durch eine völlig ungesunde Aufblähung des Baugewerbes die heutige Baukrise und die damit verbundene Arbeitslosigkeit mitverschuldet, kann ich ganz und gar nicht unterstützen. Nur schon die Bezeichnung «verantwortungslos» ist ungerechtfertigt, tragen doch die betroffenen Unternehmer schwer an ihrer Verantwortung. Ganz im Gegensatz zu den entlassenen Arbeitern, die nicht mehr schwer an ihren Zementsäcken und Holzbalken tragen müssen, sondern sich jetzt so richtig frei fühlen können, wie es eben nur in unserer Gesellschaftsordnung möglich ist.

*

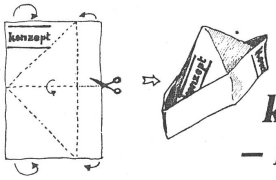
Nein, Frau *C. V.* in *P.,* Sie brauchen keine Angst zu haben, dass nach der Ablehnung der Fristenlösung durch den Nationalrat nun der Kanton *Appenzell-Innerrhoden* mit seinen Kurpfuschern zu einem Abtreibungs-Eldorado für Schweizer Frauen wird. Stände- und sonst nocht -rat Raymond Broger, d. h. die Appenzeller Regierung, bereitet eben einen Gesetzentwurf vor, nach dem nur noch Abtreibungen an Frauen vorgenommen werden dürfen, die seit mindestens 50 Jahren im Kanton wohnhaft sind.

*

Sie möchten wissen, Herr *R. Gn. in Bern,* ob man jene Parlamentarier, die *für* die Kürzung des EMD-Budgets um 80 Mio. Fr. gestimmt haben, nicht vor Divisionsgericht stellen könne. Das wäre zwar vom Standpunkt der Landesverteidigung her durchaus zu begrüssen, scheitert aber an der *parlamentarischen Immunität.* Dasselbe gilt im übrigen auch für Bundesräte, welche durch ungeschicktes Vorgehen den Wehrwillen schwächen.

*

Herr *F. J. S. in Bayern.* Die Gerüchte, wonach ein schweizerischer Bundesrat, dessen Partei der Ihren nahesteht, Ihre im «Spiegel» abgedruckte *Sonthofener Rede* zu Plagiaten missbrauchen wolle, sind aus der Luft gegriffen. Es sei zwar davon die Rede gewesen, doch habe man aus Formatgründen davon abgesehen.



Wir vermitteln keine Rezepte – nur Konzepte

«das konzept» betrachtet einzelne Geschehnisse und Probleme nicht für sich, sondern stellt sie in ihren gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang. «das konzept» fragt nach dem Wie und Warum, nach den Hintergründen. «das konzept» kommentiert aus einer kritischen Sicht. – Brauchen Sie nicht etwas mehr «konzept», neben Ihrer Tageszeitung, die bloss Information neben Information stellt?

Abonnement: Pro Jahrgang Inland 15 Fr., Ausland 18 Fr. Wenn Sie jetzt bestellen, läuft Ihr Abonnement aus technischen Gründen bis Dezember 1975 (8 Nummern) und kostet Fr. 11.– (Ausl. Fr. 14.–). **Spezialpreis für Schüler und Lehrlinge** (30% Rabatt): Fr. 7.– (Kopie des Ausweises beilegen).

Talon einsenden an: **«das konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich**

Name, Vorname:

Strasse, Nr.: PLZ, Ort:

Abonniert «das konzept» bis Dezember 75

Beruf: Datum:

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das konzept» über einen Bekannten*/durch Zusendung*/ Kiosk*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort*:

(* Zutreffendes unterstreichen)

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgenden Bekannten:

019 k 75/3

1. Jahrgang WDW Nr. 15.1.017.74 Auflage 240 000

Tages-Anzeiger

Wir haben vielen vieles zu sagen.

Geschäftssitz: Zürich 4, Werdstrasse 21
Briefe: Postfach, 8021 Zürich
Verlag, Abonnements, Inserate 01/39 30 30, Telex 56 188
Aufgabe von Kleininseraten 01/39 40 40, Telex 56 188
Redaktion 01/39 50 50, Telex 54 163

Auslandpreise: Lit. 200, DM -.90, Pts 30
Abonnementspreise auf Seite 18
Grundpreis für Inserate: Der 1sp. mm (27) Fr. 1.23
Stellen (36) Fr. 2.01, Reklamen (57) Fr. 5.13
(Ausland 1.71/2.75/7.44) Rabatte gemäss Tarif

Max Frisch liest den Tages-Anzeiger. Sucht er einen Gebrauchtwagen?

In einem Brief, den Max Frisch uns geschrieben hat, fand er lobende Worte für das Magazin, das jeden Samstag dem Tages-Anzeiger beiliegt. Es erfülle sowohl in der Wahl der Themen wie in der Schreibweise die zentrale Aufgabe einer Zeitung, nämlich kritische Aufklärung. Das hört man gern.

Aber weil das Magazin eine Beilage des Tages-Anzeigers ist, nehmen wir an, dass Max Frisch manchmal auch einen Blick aufs Weltgeschehen werfen will oder auf die Ereignisse in der Schweiz und in Zürich. Oder dass er wissen will, um wieviel Uhr der neue Fellini beginnt und wann der neue Dürrenmatt gespielt wird. Kein Mensch lebt nur zwischen zwei Buchdeckeln.

Kurz, wir meinen, der Tages-Anzeiger sei eine Zeitung, die einem Intellektuellen gute Dienste leistet. Vor allem auch, weil sie nur dort intellektuell ist, wo es am Platz ist, und nicht dort, wo es einen Tatbestand unnötig kompliziert. Und weil sie kein Parteiblatt ist, sondern auch gegensätzliche Meinungen zum Wort kommen lässt.

Zum Zeichen dafür, dass uns an Studenten, die den Tages-Anzeiger lesen, viel liegt, bekommen Sie ihn 30% billiger. Mit dem gesparten Geld kaufen Sie sich vielleicht ein Buch von Frisch, der so nett war, uns das Briefzitat zu erlauben.

Coupon

Ich möchte es Max Frisch gleichtun und den Tages-Anzeiger lesen.

☐ *Vorerst 3 Wochen gratis zur Probe.*

☐ *3 Wochen gratis und nachher im Abonnement mit 30% Rabatt.*

Ich wähle folgende Zahlungsart (die 30% Studentenrabatt sind bereits abgezogen):

☐ *Fr. 5.85 für 1 Monat* ☐ *Fr. 33.40 für 6 Monate*

☐ *Fr. 16.85 für 3 Monate* ☐ *Fr. 66.05 für 1 Jahr*

Name:

Fakultät: *Semester:*

Strasse:

Plz., Ort:

7401

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung, Postfach, 8021 Zürich